

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Dienstag, den 26. November 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Wahlerfolg der russischen Sozialdemokratie.

Wer nicht die Schönheiten des russischen Knutenregiments an eigenen Leibe verspürt hat, macht sich nur schwer einen Begriff, unter welchen unglaublichen Schwierigkeiten die Sozialdemokratie in Rußland bei den jetzt abgeschlossenen Dumawahlen, die so recht ein Filtrationsprozeß der „zuverlässigsten“ Elemente darstellte, hat kämpfen müssen. Wurde der gewöhnliche Bürger, der im Geruch „progressiver“ und „oppositioneller“ Gesinnung stand, mit Ruten gezüchtigt, so wurden die der sozialdemokratischen Gesinnung Verdächtigen mit Hunderten von Skorpionen gegeißelt. Wie beispielsweise die sozialdemokratische „Gefahr“ im Kaukasus bekämpft wurde, hat unser Genosse Tschcheidt, der jetzt wieder in die Duma gewählt worden ist, auf den Petersburger Wählerversammlungen recht anschaulich geschildert. Als vor etwa anderthalb Jahren ein bekannter Genosse in Tiflis verhaftet wurde, erklärte man ihm auf seine Frage nach der Ursache der Verhaftung, man habe ihm eigentlich nichts vorzuwerfen, es bestünde aber der Verdacht, er würde eventuell für die vierte Duma kandidieren! Man habe aus diesem Grunde beschlossen, ihn für alle Fälle aus dem Kaukasus auszuweisen und in einem entfernten Gouvernement anzusetzen! Solche Fälle stehen nicht etwa vereinzelt da. Wer auch nur den entferntesten Verdacht einer „eventuellen“ Wahlbeteiligung zu gunsten der „Roten“ erweckte, wurde für alle Fälle verhaftet, ausgewiesen oder mindestens unter eine politische Anklage gestellt, die seine Aufnahme in die Wählerlisten unmöglich machte. In den letzten Monaten vor den Wahlen wurden diese Praktiken natürlich „en masse“ betrieben. Den demokratischen Wählern wurde einfach die Aufnahme in die Wählerlisten verweigert, anderen wurde durch unzählige Schikanen die Wahlbeteiligung von vornherein vereitelt; in vielen Fällen schreckten die offiziellen Wahlmacher vor den ärgsten Gesekwidrigkeiten nicht zurück; so wurden schon im Sommer Tausende jüdischer Wähler außerhalb des „Ansiedlungsrayons“ durch einen Federstrich ihres Wahlrechts beraubt, und in Riga wurden ca. 1000 Arbeiterwähler aus den Listen gestrichen, um unmittelbar nach den Wahlen als „inhaberlos“ erklärt zu werden — allerdings erst nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete infolge dieser Maßnahme dem „liberalen“ Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Reaktion in der Stichwahl unterlegen war. Rechnet man zu alledem noch den fast völligen Mangel einer Arbeiterpresse, die ununterbrochenen Verfolgungen der einzelnen bestehenden Blätter, das Verbot von Versammlungen, die Unmöglichkeit eines öffentlichen sozialdemokratischen Wahlapparates usw., so erscheint es direkt als ein Wunder, daß die Sozialdemokratie nicht nur ihren bisherigen Bestzustand behauptet, sondern noch etliche neue Mandate erobert hat. Endgültige Angaben darüber fehlen zurzeit noch; insgesamt dürfte sich die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 16 belaufen — gegen 14 in der letzten Session der 3. Duma.

Die Sozialdemokratie konnte ihren Wahlkampf fast nur in zwei Kurien führen: in der Arbeiterkurie und in der zweiten städtischen Kurie, in der die Einwohner wählen, die in der betreffenden Stadt mindestens ein Jahr eine eigene Wohnung innegehabt haben. Ausgeschlossen hiervon sind die Arbeiter aller Großbetriebe, deren Bevollmächtigte eine bestimmte Anzahl von Wahlmännern in die Gouvernementsversammlung wählen. Die Zahl dieser Wahlmänner ist verschwindend klein — sie beträgt weniger als 3 % der Gesamtzahl! — über die Bestimmung des Gesetzes, daß in 6 Gouvernements je ein Arbeiter als Abgeordneter gewählt werden muß, sieht man unter der Voraussetzung, daß sämtliche Arbeiterwahlmänner in den betr. Gouvernements Sozialdemokraten sind — der Sozialdemokratie mindestens 6 Mandate. In den übrigen Gouvernements können die Arbeiterwahlmänner nur äußerst selten infolge einer besonders günstigen Konstellation auf der Gouvernementsversammlung einen Sieg davontragen. Abgesehen von den 7 größten Städten, die besondere Abgeordnete für die Duma wählen (Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa, Riga — direkt, Warschau und Lodz — indirekt), und die ungeachtet des Wahlgesetzes und des Ausschlusses der Arbeiter aller Großbetriebe der sozialdemokratischen Agitation einen gewissen Spielraum geben, haben die Wahlen in den Städten eine entscheidende Bedeutung, da die Wahlmänner unter die einzelnen Kurien so verteilt sind, daß die absolute Majorität in den Gouvernementsversammlungen dem Großgrundbesitz, oder diesem im Bunde mit der

städtischen Plutokratie (1. Kurie) von vornherein gehört. Das Wahlgesetz beschränkte auf diese Weise die sozialdemokratische Wahlmöglichkeit auf ein Minimum, aber dessen ungeachtet war die Beteiligung an den Wahlen für die Sozialdemokratie von enormer agitatorischer Bedeutung. Sämtliche Richtungen der Sozialdemokratie Rußlands waren bei den jetzt abgeschlossenen Wahlen untereinander einig, nicht so sehr die Eroberung von Mandaten, als die Entfaltung einer umfassenden sozialdemokratischen Agitation als die Aufgabe des Wahlkampfes zu betrachten.

Im Gegensatz zu der „sozialrevolutionären Partei“, die den Bonfott der Duma und des Wahlkampfes predigte, ging die Sozialdemokratie bei den Wahlen von der Ansicht aus, daß eine energische Wahlbeteiligung die beste Antwort auf das Wahlrecht und die Wahlfälschungen sei. Die Bonfottpropaganda hatte denn auch nur in einigen wenigen Orten unter den Arbeitern Erfolg. In allen anderen Städten des Reiches beteiligten sich die Arbeiter lebhaft an den Wahlen und wählten fast durchweg Sozialdemokraten. Es machte sich allerdings auch eine ziemlich starke Wahlenthaltung bei den Arbeitern bemerkbar, sie entsprang aber eher den Maßnahmen der Behörden, die den Arbeitern die Wahlen zu vereiteln suchten, und der politischen Gleichgültigkeit, die zum Teil noch unter den Arbeitern herrscht, als dem bewußten Bonfottgedanken, der von den Sozialisten-Revolutionären gepredigt wird. Der beste Beweis dafür ist der einmütige Proteststreik der Petersburger Arbeiterschaft gegen den Versuch der Regierung, die Hälfte der Petersburger Großbetriebe ihres Wahlrechtes zu berauben.

Genaue Angaben über die Parteizusammensetzung der Arbeiterbevollmächtigten sind aus begreiflichen Gründen nicht zu beschaffen. Oft verheimlichten die Bevollmächtigten aus Furcht vor der Verhaftung oder Maßregelung ihre Parteiangehörigkeit und ziehen es vor, sich als „Linke“, „Progressisten“ usw. zu bezeichnen. Die erste Stufe der Wahlen in der Arbeiterkurie ergiebt hierbei folgendes Bild: Es wurden als Bevollmächtigte gewählt:

		in %
Anhänger der Sozialdemokratie	603	50,5
Linke	339	28,4
Progressisten	114	9,6
Neutrale	122	10,2
Rechte, Nationalisten, Gemäßigte	15	1,3

Im ganzen Reiche wurden also bloß 15 Arbeiterbevollmächtigte gewählt, die dem Programm der Regierung mehr oder minder ihre Zustimmung gaben! Hinsichtlich der übrigen kann ohne Uebertreibung behauptet werden, daß mindestens 80 Prozent von ihnen der Sozialdemokratie wohlwollend gegenüberstehen. Dies trat bei den Wahlmännerwahlen noch deutlicher zutage, die der Sozialdemokratie überall zum Siege verhalfen. Die Wahlen in der Arbeiterkurie ergaben denn auch ausnahmslos sozialdemokratische Abgeordnete für die Duma.

In der 2. städtischen Kurie wurde die bisher dort herrschende konstitutionell-demokratische Partei, die Repräsentantin des russischen Liberalismus, von der Sozialdemokratie aus zahlreichen Positionen geworfen. Nach annähernder Schätzung ist die Sozialdemokratie in 45 Städten als selbständige politische Kraft, mit ihrer Plattform, ihren Kandidaten usw. aufgetreten; in 7 Städten hat sie mit anderen linken Parteien und Gruppen Wahlabsmachungen geschlossen und in 4 von der Aufstellung eigener Kandidaten Abstand genommen: in 2 — infolge der Verhaftung und „Kassierung“ ihrer Kandidaten, und in 1 (Kiew) angesichts der Gefahr, durch die Aufstellung ihrer Kandidaten den Sieg eines Ultrareaktionären herbeizuführen. Insgesamt sind — abgesehen von den der Sozialdemokratie nahestehenden „Linken“ — gewählt worden: in der Arbeiterkurie 120 und in der 2. städtischen Kurie ca. 110, insgesamt also etwa 230 sozialdemokratische Wahlmänner!

In den 5 größten Städten mit direkter Wahl ist der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie ziemlich bedeutend und übersteigt den Zuwachs aller anderen Parteien. So sind die sozialdemokratischen Stimmen in Moskau im Vergleich zu den Wahlen für die 3. Duma auf das Dreifache (von 9 auf 29 %) und in Petersburg auf das Doppelte (von 9,4 auf 19,5 %) gestiegen. Leider ist es der Sozialdemokratie noch nicht gelungen, die Kugriffe des Zensurwahlrechts, die „Kadetten“ in den Großstädten aus ihren Positionen zu werfen. (In Riga, wo bisher die Sozialdemokratie das Mandat inne hatte, ist es dem liberalen Kandidaten um den Preis des elendsten Wahlschachers mit den reaktionären deutschen Parteien sogar gelungen, unseren Genossen Breedkahn in der Stichwahl zu schlagen.) Dennoch ist es der Sozialdemokratie selbst unter dem bestehenden Wahlrecht, das das

Gros der sozialdemokratischen Wähler in der Arbeiterkurie isoliert, gelungen, in den beiden Hauptstädten zur zweitstärksten Partei emporzurücken. Dieses Ergebnis dokumentiert am deutlichsten den starken politischen und moralischen Erfolg, den die Sozialdemokratie allen inneren und äußeren Hindernissen zum Trotz über das Wahlgesetz des Staatsreiches davongetragen hat.

Der Balkankrieg.

Die Beschwichtigungstanten entfalten gegenwärtig eine geradezu fieberhafte Tätigkeit, um Beruhigungsnoten über Beruhigungsnoten in die Welt hinausflattern zu lassen. Allen voran marschieren natürlich die deutschen Diplomaten, die offiziös und offiziell erklären lassen, daß zu Befürchtungen auch nicht der geringste Anlaß vorliege. Nach diesen Angaben ist der politische Himmel noch niemals so ungetrübt gewesen, wie jetzt. Es ist nur gut, daß weite Volkskreise auf dieses diplomatische Geschreibsel nicht viel geben. Ist doch nur zu bekannt, wie die Herrschaften arbeiten; von Zeit zu Zeit müssen sie der Öffentlichkeit beweisen, daß sie auch noch da sind und etwas für Geld leisten. Besser wäre es allerdings in vielen Fällen, wenn sie ruhig weiter auf ihrer Bärenhaut ausruhen würden. Dann könnten sie wenigstens kein Unheil anrichten. Man tut also gut, wenn man sich durch diese Beschwichtigungsnoten nicht einfallen läßt, sondern nach wie vor beide Augen offen hält.

Ueber die Schlacht bei Monastir verbreiten die Serben einen längeren Bericht, in dem sie behaupten, daß auf dem Schlachtfelde 17000 Leichen und 30000 türkische Verwundete blieben. Die Serben wollen 3000 Tote und viele Verwundete zu verzeichnen haben. — Die hier angegebenen Ziffern sind sicherlich weit übertrieben.

Nachdem Serbien nunmehr seine Hauptaufgaben durch die Einnahme von Monastir beendet hat, werden zwei Divisionen zur Hilfeleistung für die Bulgaren vor Adrianopel und Schataldscha abgeschickt.

Nach einer Blättermeldung aus Belgrad hat der serbische Generalstab bei den griechischen Behörden angefragt, ob sie den an der adriatischen Küste operierenden serbischen Truppen Proviant liefern könnten. Der König von Griechenland telegraphierte, er werde hoch erfreut sein, den Serben seine Bewunderung für ihre Tapferkeit dadurch zu bekunden, daß er griechischen Dampfern befiehlt, den serbischen Soldaten die erforderlichen Vorräte zu bringen.

Nach einem unkontrollierbaren Gerücht soll der österreichisch-ungarische Konjul Procasta in Prijrend ermordet worden sein.

Albanien arbeitet weiter an seinen Unabhängigkeits-Bestrebungen.

In Konstantinopel scheint sich die Lage geklärt zu haben; die gelandeten internationalen Marinetruppen sollen zurückgezogen werden.

In Wien und anderen österreichisch-ungarischen Städten veranstalten Slaven Kundgebungen gegen Oesterreich-Ungarn.

Auffsehen erregt folgende Meldung: Wie das Neuterrische Bureau aus Smyrna erfährt, ist das österreichisch-ungarische Geschwader, das sich dort befindet, plötzlich abgefahren. Wohin es gefahren ist, weiß man nicht. Es handelt sich hierbei um das Linienfahrts-Geschwader, das den Kern der österreichisch-ungarischen Seemacht darstellt. Was man im Schilde führt, darüber ist nichts zu erfahren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Agrarier dulden es nicht.

Der in der Hauptsache aus Gutsbesitzern, Guts-pächtern und Großbauern, zum geringeren Teil aus Gemeinderäten und Bürgermeistern zusammengesetzte Landrat von Oberfranken hat es abgelehnt, einem Antrag der Stadt Bayreuth zu entsprechen und in einem an die staatliche Landwirtschaftliche Winterschule angrenzenden Kreisgut eine große Schweinemasterei zu errichten. Und das, obwohl alle Vorbedingungen dazu vorhanden waren. Der agrarische Führer erklärte, daß eine solche Anstalt auf die Fleischpreise nicht einwirken könne. In Wirklichkeit haben die Herren wohl das Gegenteil befürchtet und den Antrag deshalb abgewürgt — richtiger, der Regierung zur Prüfung bis zum nächsten Jahr (!) übergeben. Inzwischen wird die Stadt Bayreuth einen langfristigen Liefervertrag mit privaten Großmästern abge-

Schloffen haben, sodas dann unmittelbare Vertreter des Objektes im nächsten Jahre gar nicht mehr da sein werden.

Tagegelder für Schöffen und Geschworene.

Im Bundesrat haben Bayern, Württemberg und Baden den Antrag eingebracht, den Schöffen und Geschworenen Tagegelder zu bewilligen. Es ist anzunehmen, daß der Bundesrat dem Antrage zustimmen wird, nachdem bereits die im vorigen Reichstage gezeigte Strafrechtsreform solche Tagegelder vorgesehen hatte. Im Reichstage ist für einen solchen Antrag unbedingt eine Mehrheit vorhanden, nachdem mehrmals schon Resolutionen angenommen worden sind, in denen solche Tagegelder gefordert wurden. Vermutlich dürfte die Regierung diesen Teil der gezeigten Strafrechtsreform als selbständige Vorlage einbringen. Bis jetzt erhalten die Schöffen und Geschworenen nur die für die Reize entstandenen tatsächlichen Ausgaben ersetzt.

Abg. Dr. Schäbler mandatsmüde?

Der zweite Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. Dr. Schäbler soll, nach übereinstimmenden Meldungen bürgerlicher Blätter, die Absicht haben, in den nächsten Tagen sein Reichstagsmandat niederzulegen. Abg. Schäbler ist seit längerer Zeit schwer krank. Er vertritt seit 1890 den Wahlkreis Bamberg, wo er bei den letzten Wahlen mit 14 724 Stimmen gewählt wurde. Auf die Sozialdemokraten entfielen 5026, auf die Liberalen 4439 Stimmen. Sein bamberger Landtagsmandat verlor Dr. Schäbler bei den letzten Landtagswahlen.

Graf Posadowsky

hat vor einigen Tagen einen Abscheu nach „seinem“ Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück gemacht. Es hieß anfangs, er wolle sich nur mit gewissen Einrichtungen des Kreises vertraut machen, aber den Bemühungen seiner Wahlhelfer ist es gelungen, ihn zur Preisgabe einiger verbindlicher Redensarten zu veranlassen.

Nachdem er betont hatte, daß er kein Talent zum Parteimann habe — immerhin hat er sich dem schwarzblauen Bloke verschrieben — warnte er vor der Stimmabgabe für einen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten. Er ist gegen ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz und gegen das System der kurzen Anträge, weiß dafür aber dem Reichstage für die neue Tagung die Aufgabe zu, neue Steuern zu beschaffen, die „Besseren“ sein müßten. Was er unter Besseren versteht, verhielt er sich verschwiegen. Das hierbei gemachte Zugeständnis, daß Deutschland pro Kopf eine höhere Steuerbelastung habe als das Ausland, darf man für spätere Auseinandersetzungen buchen.

Die Hundeschlächtereien blauer Schwindel?

Die bürgerlichen Blätter melden dieser Tage, daß die Nachricht von der Errichtung einer Hundeschlächtereier in Halle a. S. von der dortigen Stadtverwaltung als grober Unsinns und blauer Schwindel festgestellt worden sei. Jetzt teilt man uns dazu aus Halle a. S. mit, daß die Hundeschlächtereier nichtsdestoweniger besteht und floriert. Auf die Anfrage eines bürgerlichen Stadtverordneten hin hat der Oberbürgermeister selbst in der Stadtverordnetenversammlung erklärt:

Um die Gerüche auf ihren wahren Wert zurückzuführen, stelle er fest, daß der Geschäftsmann Zimmermann eine Hundeschlächtereier-Vorrichtung eingerichtet habe. Er wolle Hunde auf den Dörfern aufkaufen, auf dem Schlachthof schlachten lassen und das Fleisch hier verkaufen. Gegen diesen Bericht sei durch die Behörde nichts zu machen, so bedauerlich seine Erscheinung wäre.

Als Beweis dafür, daß das Geschäft existenzfähig ist, sei noch mitgeteilt, daß der Hundeschlächter in voriger Woche in halleischen Blättern wie folgt annoncierte:

Kein Laden! Kein Laden!

Alle Tage frisches Hundeschlächter
a Pfund 40 Pfennig. Fern a Pfund 1,00 Mark,
Leber a Pfund 50 Pfennig.

Gerberstraße 10.

Es bleibt also dabei: Hundeschlächtereier ist durch unsere preussische Besteuerungspolitik auf die proletarische Speisekarte gesetzt worden.

Bergfiskus und Kohlenjudikat.

Auf der Generalversammlung der deutsch-luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft hat Herr Stinnes angegeben, daß der preussische Handelsminister für Erhöhung der Kohlenpreise eingetreten ist, nur fruchtlos er sich dagegen, daß auch der Preis für Hausbrandkohle erhöht werden soll. Gegen diese Behauptung wendet sich nun eine lange Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg.“, die offenbar auf den Handelsminister Sydow selbst zurückzuführen ist. Der Minister muß zugeben, daß der Fiskus einer Preiserhöhung für Industriezweige mit Rücksicht auf die gute Lage der Eisenindustrie nicht unbedingt widersprochen hat. Das Syndikat dagegen hat daran festgehalten, daß auch die Preise für Hausbrandkohlen heraufgesetzt werden müssen. Das hat dann dazu geführt, daß der Fiskus aus dem Kohlenjudikat ausgestiegen ist. Die Erklärung des Handelsministeriums lautet dann:

Nach einer Mitteilung in der „Pop.“ soll Herr Stinnes gesagt haben: „Die Popularität in erster Linie aus fremden Löhnen bezahlen zu lassen, ist auch für den Chef der Bergverwaltung ungesund.“ Sollte diese Äußerung wirklich getan sein, sollte Herr Stinnes Popularitätsbedürfnis für den Grund der vom Handelsminister eingenommenen Haltung ansetzen, so wäre das ein Beweis, daß er kein hinreichendes Verständnis für die Aufgaben hat, die dem Fiskus als Bergbauverwalter obliegen. Der Fiskus hat nicht lediglich die Aufgabe, auf die Höhe der Ueberträge zu sehen, er muß auch auf das Konjunkturinteresse billige Rücksicht nehmen. Die Einführung des fiskalischen Bergbaus an der Ruhr ist gerade zu dem Zwecke erfolgt, daß der Fiskus einen Einfluß auf die allgemeine Preisbildung gewinnen sollte.“

Die Grubenherren werden dem Minister, die Antwort verweigern nicht schuldig bleiben, so daß zu erwarten steht, daß die Debatte nicht noch weiteren Einfluß in die Fiskus des Kohlenjudikats bekommt.

Reichstagswahlwahl.

Bei der gestrigen Reichstagswahlwahl in Greifenberg wurden bis abends 11 Uhr an Stimmen gezählt: für den Rittergutsbesitzer v. Flemming-Baentzen (kons.) 9699, für Hauptmann a. D. v. Pustkammer (natlib.) 3066, für den Lagerverwalter Meyer (Soz.) 762. Es steht noch ein Bezirk aus. Die Wahl v. Flemmings ist gesichert.

Ein Sieg in Bayern.

Bei der Landtagswahlwahl im Wahlkreise Augsburg 2 wurde der Genosse Kerner mit 4255 Stimmen gegen den Reichsparteiler Tafel, der 2827 Stimmen erhielt, gewählt.

Das Wahlabkommen in Württemberg

wird in der volksparteilichen Presse in derselben Weise veröffentlicht, wie in unserer Parteipresse. Die volksparteiliche Befanntmachung teilt, wie die sozialdemokratische, auch die Zurückziehung ihrer Kandidatur in Neckarsulm mit. Die Volkspartei will aber hier nicht, wie die Sozialdemokratie, Gewehr bei Fuß stehen, sondern den Kandidaten des Bauernbundes gegen das Zentrum unterstützen. Das wird nicht viel helfen, denn dem Zentrumskandidaten fehlten im ersten Wahlgang nur 36 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Es ist auch ziemlich gleichgültig, ob der schwarze oder der blaue Bewerber den Sieg davonträgt. Wenn die Volkspartei bemüht ist, den Bauernbund gegenüber dem Zentrum zu stärken, so wird sie von dem Wunsch geleitet, in Rückblick auf die Präsidentschaftswahl die Zentrumsfraktion so klein wie möglich zu halten. Aus diesem Grunde kündigt die Volkspartei auch die Unterstützung des Bauernbündlers in Künzelsau an, falls die Nationalliberalen, was wohl geschehen wird, ihre Kandidatur zurückziehen. In diesem Bezirk, den die Nationalliberalen verlieren, wird der Bündler über das Zentrum siegen. Die Volkspartei erklärt ausdrücklich, daß sie „ohne Ausbedingung einer Gegenleistung“ die Bündler in den beiden Bezirken unterstützen. In Tübingen-Amt, wo im ersten Wahlgange die Volkspartei und die Nationalliberalen gegeneinander kämpften, ist jetzt die nationalliberale Kandidatur zugunsten der volksparteilichen zurückgezogen worden. Damit sind die Aussichten der Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie gestiegen. Recht unbehaglich ist die Situation in Braunsfelden der Nationalliberalen, die hier hinter dem bündlerischen Kandidaten um mehr 300 Stimmen zurückgeblieben sind und durch die 794 sozialdemokratischen Stimmen gerettet werden könnten. Da indessen die Nationalliberalen in zahlreichen anderen Bezirken gemeinsame Sache mit den Bündlern machen, werden sie in Braunsfelden von unseren Wählern ihrem Schicksal überlassen. — Die Agitation ist von unseren Parteigenossen in allen Bezirken, in denen unsere Kandidaturen aufrechterhalten werden, wieder mit vollem Eifer aufgenommen worden. Am Sonntag, dem 24. November, fand noch eine allgemeine Flugblattverbreitung statt und die rednerischen Kräfte waren bis zum letzten Mann in Anspruch genommen.

Österreich-Ungarn.

Blutige Wahlrechtsdemonstration in Budapest. Die Wahlrechtsliga, verbunden mit der Opposition und mit der sozialistischen Partei, beabsichtigte am Sonntag eine Versammlung für das allgemeine Wahlrecht abzuhalten. Der Oberstadthauptmann Soda verbot die Versammlung. Bei antidyastischen Rufen, Schmähungen gegen den König, den Staat, die Verfassung oder die Gesetze die Versammlung sofort aufgelöst wurde. Das Versammlungslokal war schon eine Stunde vor dem festgesetzten Beginn von Zehntausenden besetzt. Polizei und Gendarmerie erschienen in Massen; sie wurde von den Versammelten mit dem Rufe „Nieder mit der Regierung, hoch die Republik“ empfangen. Auf diese Rufe hin ließen die Polizeibeamten die noch nicht eröffnete Versammlung auf. Die Volksmassen protestierten, die Polizei zog aber blank und machte unter Revolverbeschüssen eine Attacke auf die Demonstranten. Es wurden Versammlungsbegehler und Polizisten verwundet. Drei schwer Verwundene mußten ins Spital gebracht werden. 43 Personen wurden verhaftet. Die Demonstranten, die ihre Versammlung nicht abhalten durften, zogen nunmehr durch die Straßen, dabei wurden Fenster Scheiben von Caféhäusern und Zeitungsredaktionen eingeschlagen. Es kam später noch einmal zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei 28 Verwundungen vorkamen. Es scheint, daß die Regierung aller Versammlungen um jeden Preis verhindern will.

Rußland.

Winterarbeit. Das Urteil an den wegen Meuterei verurteilten Matrosen wurde gestern in Petersburg vollzogen. 11 Matrosen wurden erschossen, bei 6 Matrosen wurde die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 26. November.

Die Bürgerwehr beschaffte sich am Montag abend nach rascher Erledigung von vier Anträgen, unter denen auch derjenige der Pensionierung des bisherigen Oberarztes des Krankenhauses sich befand und der ohne jede Einwendung genehmigt wurde, in vierstündiger Beratung mit dem neuen Kassenkassier für das Krankenhaus. Man kann nicht gerade sagen, daß die Verhandlungen von Großartigkeit bezeugen. Sie nahmen manchmal einen schleppenden Gang an und verloren sich bei den Bürgerwehren in Kleinigkeiten und Abschweifungen, die nur dann sich wieder belebten, wenn von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß gerade die arme Bevölkerung leidet von der Erhöhung am meisten betroffen wird. Gerade sie soll nun 37 Prozent stärker belastet werden. Eine Steigerung, die von unseren Genossen Kraus und Hoff ganz besonders als ungerechtfertigt hervorgehoben wurde. Die Ortskrankenkasse, die einzige Wehr der Arbeiterkassen in Franken Tagen, muß 17 000 Mark jährlich mehr aufbringen. Das ist, wie Genosse Hoff mit Recht hervorhob, eine Belastung, die den Krankengeldern wieder auf lange Zeit hinaus eine so notwendige Erhöhung des Krankengeldes entzieht. Damit soll freilich nicht verschwiegen werden, daß auch die besondere Vergütung für Operationen der zweitklassigen Patienten viel zu hoch in Anbetracht gebracht wurde, wie a. a. auch vom Genossen Böger erklärt wurde. Man konnte hier wieder ein-

mal die Wahrnehmung machen, daß von Senatsseite die Erhöhung mit der allgemeinen Steigerung der Unterhaltsmittel in einer Weise begründet wurde, wie sie in gegenwärtigem Sinne vom selben Tische aus bestritten wird, wenn es sich um Lohnerbhöhungen der städtischen Arbeiter handelt. Erst kürzlich wurde diesen Arbeitern der Bescheid, daß die verlangte Lohnerbhöhung absolut nicht in den Verhältnissen begründet sei. Dort handelt es sich um einige Pfennige, hier um sieben und dreißig Prozent! Die bürgerlichen Vertreter zählten wohl einige, die den sozialdemokratischen Standpunkt teilten, doch klang aus ihren Reden heraus, daß nur die eigene Gefahr des Mehrzahlens eventueller Beitragserhöhung das Warnungszeichen bildete. So unangebracht die Worte des Senators Straß waren, die Ortskrankenkasse wollte ihres Neubaus wegen sparen, so wenig geschmackvoll war die Äußerung von Aug. Pape über die Faulenzerei von Kassenmitgliedern und das Mittel des Abzinsens dagesen. Um die Forderung auf 25prozentige Erhöhung als genügend festzustellen, bedarf es solcher Rinfertigungen nicht, mit denen sich auch rechtschaffene Arbeiter be-troffen fühlen können, wenn sie sich krank wissen und gerade zu einem Arzt kommen sollten, „der ausnahmsweise gern krank schreibt“. Gegen diesen Vorwurf williger Ärzte wandte sich auch Dr. Ziehl, der übrigens wie seine bürgerlichen Kollegen die Interessen der Ärzte warm vertrat. Ganz wurde die Vorlage nicht zu Ende beraten; es zeigte sich hier wieder, daß der Senat zur Vorbereitung wohl monate- und jahrelang die Anträge nach Gutdünken im Schubfach bewahren kann, die Bürgerkassen aber in wenig Stunden in großen Hapen alles verbauen soll, was ihr vor-gelegt wird. Nur mit wenig Stimmen Mehrheit vertagte die Bürgerkassen auf Antrag Aug. Papes die Weiterberatung auf den kommenden Montag.

Mittelalterliche Kunstgeschichte. Vortragswesen der Oberstudienbehörde in der Aula des Johanneums. 7. Abend. Im Anschluß an den vorigen Vortrag ging Herr Dr. Schäfer noch weiter auf die bürgerliche Baukunst ein und schilderte ausführlich die Anlegung der Rathäuser. Berühmt sind die Rathäuser zu Goslar, Braunschweig, Bremen, Danzig, Lübeck, Lüneburg und Rostock. Zahlreiche Ueberreste von mittelalterlichen bürgerlichen Wohnhäusern findet man besonders in Lübeck und Lüneburg. Eine Anzahl Lichtbilder illustrierten auch diesen Teil des Vortrages aufs vorzüglichste. Nun wandte sich Redner der Malerei und Plastik dieser Zeit zu und beschäftigte sich zunächst mit der niederländischen Kunst als glänzendstes Beispiel hierfür. Die berühmtesten holländischen Meister schildern wir in den Gebirgen von Eid, die sich durch verdienstvolle Werke ein ewiges Denkmal geschaffen haben. Die nun folgenden Lichtbilder ließen ihre bedeutendsten Gemälde im Bild erscheinen. — Der nächste Vortrag des Herrn Dr. Schäfer wird sich auf die Kunst der Hamburger, Lübecker und der süddeutschen Meister erstrecken.

Ausgehobene Sperrre. Die am 8. Oktober angeordnete Sperrung der Kronsforder Allee ist wieder aufgehoben.

Überfall oder Unglücksfall? Heute morgen um 8 Uhr wurde im Chauffeegraben Ecke der Schwartauer Allee und dem Wege nach Vorwerk der Arbeiter Roszke bewußtlos im Krampfszustande mit einer Wunde am Kopf aufgefunden. Nach Anlegung eines Notverbandes kam er ins Krankenhaus. Gestern abend 10 Uhr hatte R. seine Arbeitsstelle auf dem Drescher Eisenwerk verlassen. Man nimmt an, daß es sich um einen Überfall handelt; näheres steht jedoch noch nicht fest.

Als Leiche aufgefunden wurde in der Wakenitz der seit einem halben Jahre vermiste Kaufmann G. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist nicht bekannt.

pb. Festgenommen wurde ein Schneidergeselle, der sich der Unterschlagung zum Nachteil seines Meisters schuldig gemacht hat. — Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der in zwei Fällen von auf der Straße haltenden Wagen mehrere Pfund Butter und eine Krute Steinhäger gestohlen hat. Ein zweiter Arbeiter, der seines Vorteils halber einen Teil der Butter an sich brachte, wird sich wegen Hehlerei zu verantworten haben. Er wurde ebenfalls festgenommen.

Lübeck. über Balkankrieg und Welt-politik referierte gestern in einer sehr gut besuchten Volks-versammlung im Bactauschen Lokale Genosse Mehrlein. Seine Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Ferner wurde Stellung zu dem am Freitag stattfindenden Gemeinderatswahl genommen. Gen. Mehrlein hielt zunächst einen kurzen Vortrag über die Bedeutung der Kommunalpolitik für die Arbeiter, wobei er auch die Städtedörfer Verhältnisse besprach. In der Diskussion erörterten noch die Gen. Nickel und Westphaling die Machtnationen der Gegner und forderten gleichfalls zu zahlreicher Wahlbeteiligung auf. Nach einem fernigen Schlusswort des Vorsitzenden erfolgte Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Hamburg. Hermann Förster gestorben. Eine Trauerkunde kommt aus Hamburg. Unser alter braver Genosse, der Reichstagsabg. Förster, ist am Totensonntag verstorben. Seit der Heimkehr von einer Agitationsreise, die er vor einigen Wochen nach seinem Reichstagswahlkreise Neuß ältere Linie unternommen hatte, kränkelte er. Eine Mittelloberlufung verursachte ihm schwere körperliche Pein. Trotzdem wäre eine Heilung wohl noch möglich gewesen, wenn nicht ein Gehirnschlag hinzutreten wäre, der Sonntag seinen Tod herbeiführte. Wer in letzter Zeit mit ihm zusammentraf, wird ihm den körperlichen Verfall an-gesehen haben, wenn Hermann Förster auch bis zuletzt sich keine Schwäche anmerken ließ, sondern sich aufrecht hielt, wie er sein Leben lang ein aufrechter, charakterfester Mensch gewesen ist. Und so wird sein Tod all den vielen Tausenden, die ihn kannten, völlig unerwartet kommen. Für Hamburg bedeutet das Hinscheiden Hermann Försters das Verschwin-den eines Stückes lebendiger Parteigeschichte. Denn solange Förster in Hamburg lebte — und das sind mehr als drei Jahrzehnte — hat er immer in den vordersten Reihen des kämpfenden Proletariats gestanden. Hermann Förster ist nur 59 Jahre alt geworden. Neben der großen Gemeinde der organisierten Arbeiterschaft trauern an der Bahre des Entschlafenen seine Frau und eine Tochter, denen er stets ein treuherziger Familienvater gewesen ist. So wird sein Andenken fortleben als das eines Mannes, der als Kämpfer für die Sache des Proletariats seine volle Schuldigkeit ge-tan und als Mensch sich die Achtung aller, die ihn kannten, erworben hat.

Hamburg. Auf hoher See gesunken ist der eng-lische Dampfer „Kochesfort“, der vor einigen Tagen mit einer Ladung Korn, die nach Rouen bestimmt war, von Ham-burg abging. Der Hamburger Dampfer „Edea“ der Ham-burg-Amerika-Linie traf Sonnabend morgen den „Kochesfort“, der gegen 5 Uhr mit einem holländischen Fischereifahrzeug

Massenaktionen). Würde diesen Bemühungen zum Trotz eine Minderheit den Krieg entseilen, dann dürften die französischen Proletarier sagen, daß sich noch niemals revolutionäre Mittel, wie Generalstreik und Insurrektion, so gerechtfertigt hätten, um dem Krieg vorzubeugen, ihn aufzuhalten und der herrschenden Klasse die Macht aus den Händen zu reißen. Am Schluß der Resolution werden die Delegierten Frankreichs zum Baseler Kongreß aufgefordert, sich mit der Internationale zu verständigen, um ein geschlossenes, einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Als Gast wohnte dem Kongreß Genosse Bernerstorfer Wien bei, der eine Begrüßungsansprache hielt, in der er darauf hinwies, daß die volle Autonomie der einzelnen Völker für die österreichische Sozialdemokratie von jeher ein heiliges Prinzip gewesen sei.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Transportarbeiter.
Komitee-Sitzung
Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Spreche hiermit meinen Kollegen,
den Mietern der Kochschen Schiffs-
werft, für die mir zuteil gewordene
Unterstützung meinen besten Dank
aus. (5266) **Herm. Bischoff.**

Für die vielen Glückwünsche und
Geschenke zu unserer Silbernen
Hochzeit sagen wir allen unsern
werten Kunden, Freunden und Be-
kannten, sowie dem Matrosen-
Verein „Gef.“ und der Gesangs-
abteilung unsern besten Dank. (5238)

W. Bollow und Frau,
Ludwigstraße 57.

Für die vielen Gratulationen und
Geschenke zu unserer silbernen Hoch-
zeit danken herzlich

J. Jacobs und Frau,
geb. Lüth.

Sozialdemokratischer Verein

Am Dienstag verstarb unser Mit-
glied, der Schlosser

August Marschall

Waislinger Allee
kurz vor Vollendung seines 44. Lebens-
jahres.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Ge-
burtstage des Verstorbenen, Don-
nerstag, dem 28. November, mittags
1 Uhr, auf dem Bornwerfer Fried-
hofe statt.

Die Genossen und Genossinnen
sammeln sich bis 1 1/2 Uhr am
„Weißen Hirsch“.

Der Vorstand.

Deutscher

Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Montag, dem 25. d. Mts.,
starb unser treues Mitglied, der
Schmied

Aug. Marschall.

Wir werden demselben ein ehren-
volles Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Don-
nerstag, dem 28. d. Mts., mittags
1 Uhr, vom Bornwerfer Friedhof
aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Junge Frau sucht Beschäftigung
im Waschanstreichern, sowie ein-
fache Näharbeit. Angebote unter
L. K. an die Exped. d. Bl. (5243)

Assekuranz-Branche.
Suche für Lübeck und Umge-
gend nachweislich tüchtigen
Akquisiteur
für alle Branchen, gegen volle
General-Agentur und Gewerbe-
provision sowie Fixum.
(5107) **G. Lehmann.**

Möbliertes Zimmer

zu vermieten.
(5244) Ludwigstraße 24.

3. I. Januar eine Drei-Zimmer-
Wohnung mit Zubehör zu verm.
(5242) Friedensstr. 44. Abh. part.

Umständehalber zum 1. Januar
eine kleine Wohnung zu vermieten.
Preis 155 M. (5265)

Friedensstraße 57, Hinterhaus.

Ein geräumiges, niedrige Sofa

zu verkaufen.

(5236) Schützenstraße 6a.

1 blauer Kastenkinderswagen

billig zu verkaufen.

(5249) Schützenstraße 51.

Ein gut erhaltenes Grammophon
mit oder ohne Platten billig zu
verkaufen. (5248)

Arminstraße 28a, Hinterhaus.

Platen, Die neue Heilmethode

zu verkaufen.

(5247) Unterstraße 65, II.

Ein Babyford

zu verkaufen.

(5246) Glandorpstraße 20, I.

Ein Kasten-Sportlatte

verfügb., billig zu verkaufen.

(5243) Friedensstraße 24, part.

Ein gebrauchtes Sofa zu kaufen

gerüst. Angebote mit Preis unter

G. S. an die Exped. d. Bl. (5234)

2241 Karte jedes Quartiers

Taubenmist

2. J. L. A. Haus Wolf, Döbelerstr. 11.

Rheinperle Solo
Margarine, die Elitemarken der Branche ersetzen
feinste Butter
In Geschmack, Aroma
und Bekömmlichkeit bester Butter
gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
Allein. Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhld.)

Sanella
Mandelmilch
Pflanzen-Butter-Margarine
Nur echt mit dem Namenszug des Geheimen
Medizinrat Professor Dr. Oskar Liebreich
Stets frisch erhältlich in den einschlägigen Geschäften.
Preis 90 Pfg. pro Pfund.
Vertreter für den hiesigen Bezirk:
Kühl & Davidsen, Lübeck. Fernsprecher 1150.

Verloren eine silberne Halskette
mit rotem Stein.
Gegen Belohnung abzugeben
(5256) Mittelstraße 25a, I.

Empfehle mich zum Anfertigen
von Mänteln, Kostümen, Damen-
und Kinder-Garderoben. Alte
Mäntel werden nach der Mode
umgearbeitet. (5251)

Fr. Timm, Hartengrube 46, II.

Zur Hauswirtschaft
für Stöckelböden und Umgebung
empfiehlt sich (5235)

H. Banning, Gährit.

Keine Abfall-Geringe.
Ziegenmilch Brand 40 Pfg.
(5240) Marktballenhand 29.

Gegen spröde Hände:
Glycerin, Lanolin, Vaseline,
Gold-Cream, Lanolin-Cream.

Ferd. Kayser, Breite Straße
51. (4586)

Hosenselle

Sanin, Rader, Jüdis, Sachs usw.,
sowie Pferdehaare laufen zu höchsten
Tagespreisen. (4725)

D. Wagner, Solitenstr. 8.

Achtung Radfahrer! (4341)

Schmidts Prima Löwenpneumatie
ist das beste und billigste.

Karbid zu billigsten Tagespreisen.

M. A. Hill Nacht, Johannistr. 9.

Billig! Käse! Billig!

Ich übernehme Schweizer 75 Pfg.
besonders feiner Käse für 85 Pfg.
Kleinwerk, Fleischhauerstr. 48

Puppenperücken
sowie sämtliche Haararbeiten werden
auch von ausgef. Haaren angefertigt.

Puppenperücken von 1 Mark an.

G. Bieninda Ww.

Rosengarten 5. (5254)

Achtung! Achtung!

Großes 5 Pfg.-Zigarette

P. Rauch, Schwarzenbergstr. 53.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
geholt werden Ge-
genstände aller Art, als: Mobilien,
Koffer u. im Lagerhaus u. Expre-
ssengeschäft. (5232) (150)

Geschäfts-Verlegung.
Hierdurch meinen werten Kunden und einem geehrten Publikum
von St. Lorenz die ergebene Mitteilung, daß ich meine
Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
mit elektrischem Maschinen-Betrieb
von Geverdesstraße 34 nach
Glandorpstraße Nr. 1
Ecke Warendorpstraße
Hochachtungsvoll
E. M. C. Beschenbossel.
Eine weitere Filiale befindet sich
Huxstraße Nr. 26.
Garantie für saubere Arbeit und prima Kernleder.
Sohlen von 80 Pfg. an. Absätze von 30 Pfg. an. 5183

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Bücherei auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die
Post d. Porto) erhält man kostenlos:
1. die reich illustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
graphie und Naturwissenschaft — Technik und
Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
Natur und Kunst
2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther,
Was ist Elektrizität?, Dannemann, Wie unser Weltbild
entstand; Dr. Floerke, Kriechtiere u. Lurche fremder
Länder; Prof. Dr. Wenle, Die Urgesellschaft u. ihre
Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
1703) **Buntekuh-Kümmel**
Brauerei Buntekuh.

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2025) Fernruf 2336
empfiehlt täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u.
Kaffeesahne, Vollmilch,
Mager- und Buttermilch,
Pimpkase. Spezialität: Kochkäse.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung
heute, Dienstag, 26. Novbr.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Das deutsche Versicherungswesen.
Referent: Genosse Hoff.
2. Das Lehrlingswesen.
3. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht,
zahlreich und pünktlich zu erscheinen
(5269) **Die Ortsverwaltung.**

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 27. November
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl eines Hilfskomitees zum
Wintervergnügen.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
(5268) **Die Ortsverwaltung.**

Eisbeinessen

am Mittwoch, 27. November.
Anfang 10 Uhr morgens.

Hierzu ladet freundlichst ein (5257)

Aug. Busch,

Hartengrube 43.

VICTORIA
Lichtspiele
Fünfhausen 17-19.
Heute neues Schlagerprogramm.
UNTER DER MASKE.
Saharet in der Hauptrolle
(5237) und das la. Programm.
Sperrsitz 60 Pfg. I. Platz 50 Pfg.
II. Platz 35 Pfg. III. Platz 25 Pfg.

Hansa-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel des
Fritz-Steidl-Ensembles
Bravo Dacapo
Die große Ausstattungsrevue.
1. Bild: Bahnhof Friedrichstraße.
2. Bild: Vor der Passage.
3. Bild: Ein Sportfest.
4. Bild: Auf dem Witwenball.
5. Bild: Im Friedrichshain.
6. Bild: Beim Rosenkavalier.
Große glänzende Balletts.
30 Damen. (5261)
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Große Volks- und
Fremden-Vorstellung
zu kleinen Preisen.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, den 27. November:
Außer Abonnement. **Wittelspreise.**
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Autoliebchen.
Dürstete Operette von Jean Gilbert.
Donnerstag, den 28. November:
62. Vorst. i. Vol.-Ab. 11. V. i. Donnt.-A.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Der Evangelist
Mus. Schauspiel von W. Kiendl.
Große Preise. (5250)
Vorläufige Anzeige:
Sonntag, den 1. Dezember 1912
Abends 6 Uhr.
Wallenstein-Trilogie
von Fr. von Schiller
mit Herrn Robert Noll vom Deutsch-
Schauspielhaus in Hamburg a. G.

Internationaler Sozialistischer Kongress.

C. B. Basel, 24. November.

Die Eröffnungssitzung.

Der Saal der Burgoogtheilhalle ist zu Ehren des Internationalen Sozialistischen Kongresses festlich geschmückt. Quer über die Bühne zieht sich ein breites, rotes Band, das unter der alten Parole der Internationale: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ das Motto dieses Kongresses trägt: „Krieg dem Krieg!“ Von den Galerien des Saales grüßen die roten Fahnen der Schweizer Arbeiterorganisationen. Die Wände schmücken Bilder von Marx, Engels und Lassalle.

Schon lange Zeit vor dem festgesetzten Termin der Eröffnung sind Saal und Galerien überfüllt und immer neue Scharen ausländischer und schweizerischer Delegationen strömen herbei. Es ereignet sich daher vor der Eröffnung des Kongresses Regierungsrat Wullschläger das Wort, um den Versammelten mitzuteilen, daß die Zahl der eingetroffenen Delegierten erheblich größer geworden ist, als die Zahl der Anmeldungen. Man müßte sich für die heutige Sitzung einrichten, so gut es gehe. Morgen werde wenigstens für die ausländischen Genossen ausreichend Platz geschaffen werden. Kurz nach 10½ Uhr erscheint Weber in Begleitung von Greulich im Saal und wird von der Versammlung mit stürmischem Jubel begrüßt. In kurzen Abständen folgen dann die Gruppen Adler, Rautsky und Anseele, Jaurès, Süssmanns, sämtlich stürmisch begrüßt. Der Sängerbund „Vorwärts“ Basel begrüßt den Internationalen Kongress mit dem Vortrag der „Hymne an die Freiheit“ von Althmann. Dann ergreift Anseele das Wort zur Eröffnung des Kongresses, dessen einziger Punkt der Tagesordnung lautet: Die Internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen den Krieg. Er erteilt das Wort dem Vertreter der Schweiz, Regierungsrat Wullschläger-Basel.

Wullschläger: Werte Genossinnen und Genossen! Im Namen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und im Namen des Arbeiterbundes und der Sozialistischen Partei Basel, zugleich im Namen des Zentralkomitees für die Vorbereitung dieses Kongresses heiße ich Sie herzlich willkommen. Mögen Sie sich in unserer Mitte wohl fühlen, mögen aber vor allem Ihre Beratungen, auf die die Augen der ganzen Kulturwelt gerichtet sind, einen günstigen Verlauf nehmen und möge Ihnen der Erfolg beschieden sein, den Millionen von Köpfen und Herzen so heiß ersehnen. Wir danken Ihnen für die hohe Ehre, die Sie durch die Wahl der Schweiz als Kongressland und Basel als Kongressstadt uns erwiesen haben. Ungewöhnliche Ereignisse haben die Einberufung des Kongresses in außerordentlicher und beschleunigter Weise gefördert. Unserem Zentralkomitee blieben kaum zwei Wochen, in denen es die für die Tagung notwendigen Vorbereitungen treffen mußte. Sollte nicht alles klappen, wolle Sie es bitte diesem Umstand zuschreiben und uns entschuldigen. Am guten Willen hat es nicht gefehlt. (Beifall.) Nicht zum ersten Male tritt die sozialistische Internationale auf Schweizer Boden zusammen; das Jahr 1893 sah ihren ordentlichen Kongress in Zürich, der größten Stadt unseres kleinen Landes. Heute versammelt sich Ihr Außerordentlicher Kongress in Basel, der zweitgrößten Stadt der Schweiz an der Grenze des Deutschen Reiches. Allein schon früher, im September 1869, also vor 43 Jahren, hat die alte Internationale in Basel einen Kongress abgehalten. Damals grenzte Basel auf dem linken Rheinufer noch un-

mittelbar an Frankreich. Neun Monate später brach der deutsch-französische Krieg aus, der im politischen und wirtschaftlichen Leben der beiden Länder, ja von ganz Europa, tiefe Spuren zurückließ. Die Erwähnung des Kongresses von 1869 weckt die Erinnerung an manchen großen Toten, dessen Gedächtnis uns heilig ist. (Die Versammlung erhebt sich von den Plätzen.) Einige seien genannt: Von den Deutschen Wilhelm Liebknecht, von den Franzosen Barlin, von den Belgiern de Paeppe, von den Schweizern Karl Büchli und den Deutschen und Schweizern angehörend Johann Philipp Beder. Von den wenigen jetzt noch lebenden Teilnehmern jenes Kongresses ist unser Veteran Hermann Greulich (lebhafter Beifall) der einzige, der heute unter uns weilt. Welcher Unterschied zwischen damals und jetzt! Die Internationale, damals kaum mehr als ein Begriff, ist heute eine große reale Macht, die schon ihre Traditionen besitzt. Die Arbeiterklasse hat es gelernt und lernt es von Tag zu Tag mehr, ihre Kräfte in politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zusammenzufassen und sie in selbstbestimmter Disziplin für furchtbare Gegenwartsarbeit und weitausschauende Zukunftsziele zu gebrauchen. Sie erweitert und vertieft immer mehr ihr Verständnis für die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge und wird so zum Hebel für die Umwälzung der menschlichen Gesellschaft. In der unter dem Banner des Sozialismus national und international vereinigten Arbeiterschaft haben sich Wirklichkeitsinn und Zukunftsglaube zu einem unlöslichen Ganzen verschmolzen, und das Ideal, das zuerst der alten Internationale erst Taube gewesen war, ist unter der neuen Internationale Gemeingut von Millionen! (Lebhafter Beifall.) Allen Schwachmütigen und Philistinen, allen Superflugen, Weisheitsströmern und leichtem Spöttern zum Trost schreitet die sozialistische Bewegung jugendlich und jugendfroh ihren hohen Zielen zu. (Stürmischer Beifall.) Genossinnen und Genossen! Sie stehen in Basel auf historischem Boden. Früher und in gewissem Sinne auch heute noch waren und sind wir das Bindeglied zwischen deutschen und welschen Ländern. Basel war oft der Schauplatz denkwürdiger Ereignisse. Vor 500 Jahren, nämlich von 1431 bis 1448, also während beinahe 70 Jahren, als Ihre Delegierten Stunden hier sein werden, war in Basel das Konzil versammelt. Ungeachtet der Länge der Zeit vermochte es die Wirrsale der damaligen christlichen Kirchenwelt nicht zu lösen. Möge es Ihrem Kongress beschieden sein, trotz der Kürze der Zeit wirksame Arbeit zu tun. Gewiß, die Internationale der Arbeiter ist noch weit davon entfernt, allmächtig zu sein, und sie selbst ist sich am besten der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bewußt. Aber sie ist eine große reelle und zugleich ideale Macht, die gehört zu werden verdient und die sich auch Gehör zu verschaffen weiß. Selbst die Mächtigen der Erde — auch wenn sie es natürlich nicht eingestehen — müssen mit ihr rechnen. Sie müssen es auch in bezug auf die Frage, die den einzigen Gegenstand Ihrer Beratungen bilden wird: Die internationale Lage und die Vereinbarung für eine Aktion gegen den Krieg. Die zünftige Diplomatie hat weder die Balkankrise, noch auch die Gefahr eines Uebergreifens der Kriegsjurie auf die westeuropäischen Länder zu verhüten vermocht und damit aufs neue ihre Unfähigkeit zur Lösung schwieriger Probleme dokumentiert. Mächtiger als die Diplomatie erwiesen sich auch diesmal wieder der völkerverbindende Chauvinismus und die kapitalistische Profitgier. (Lebhafter Zustimmung.) Diese schlimmsten Feinde aller menschlichen Kultur muß die Internationale der Arbeiter mit dem Aufgebot ihrer zur Verfügung stehenden Macht bekämpfen. Der Krieg auf dem Balkan ist nicht mehr ungeschehen zu machen. Aber seine Ausdehnung auf andere Länder und Völker wäre als eines der schlimmsten Verbrechen in der Weltgeschichte zu brandmarken. Dieses Uebergreifen muß mit

allen zulässigen Mitteln verhindert werden. (Stürm. Zust.) Mit einer kraftvollen Aktion in dieser Richtung dient die Internationale nicht allein der gesamten Arbeiterklasse, die unter den Scheußlichkeiten des Krieges selbstverständlich am meisten zu leiden hätte, sondern sie wird zu einer Trägerin des Friedens für zahlreiche weitere Kreise der Bevölkerung in Stadt und Land, die alle Ursache haben, sich gegen ihre Verwendung als Kanonenfutter zum Vorteil von gewissenlosen Profitgütern und Chauvinisten aufzulehnen. (Erneuter Beifall.) Von diesem Gesichtspunkte aus geniest Ihr Kongress — ich darf es aus mannigfachen Beobachtungen heraus sagen! — auch in Basel die Sympathie von Bevölkerungsschichten, die sonst in ihre Gedanken und Fühlen noch wenig mit der sozialistischen Arbeiterschaft gemein haben. Aus dieser Sympathie zumeist ist wohl auch die dankenswerte Ueberlassung des ehrwürdigen Münsters für die Massendemonstration von heute nachmittag zu erklären. Dieser Sympathie ist auch die Adresse hauptsächlich zuzuschreiben, die die Regierung von Basel-Stadt an den Kongress richtet. Ihr Kongress wird den bewußten und unbewußten Drang der Kulturmenschen nach dem Völkerrfrieden zum Ausdruck bringen. Die Massendemonstration von heute nachmittag wird dies in hohem Maße bestärken. Getreu dem kosmopolitischen Charakter der Kongressstadt Basel mit ihrer gemischten Bevölkerung, trotz ihrer ausgeprägten Schweizer Art wird diese Kundgebung eine durchaus internationale sein. Der Baseler Arbeiterschaft werden sich beigesellen die Genossen aus der badischen, elsässischen und schweizerischen Umgebung und auch Genossen in großer Zahl aus Zürich, Bern und anderen entfernten Orten des In- und Auslandes. Möge der Kongress, möge die Massendemonstration der heiligen Sache des Völkerrfriedens zum Segen gereichen! Kampf gegen Profitgier, Machtgier und Menschenjagderei, Kampf für Völkerrfreiheit, Völkerrfrieden und Menschheitsglück! Das sei unsere Parole! (Stürm. Beifall.) In diesem Sinne fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in ein dreifaches Hoch auf die sozialistische Internationale der Arbeiter. (Dreimal brausen die Hochrufe durch den Saal.)

Nach der Ueberlegung der Rede durch die Genossen Rechtsanwalt Brühllein-Bern und de Mans-Brüffel ergreift wiederum Wullschläger das Wort und verliest die Adresse der Regierung des Kantons Basel-Stadt an den Internationalen Sozialistischen Kongress. Sie lautet:

Basel, 20. November 1912.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt an den Internationalen Sozialistischen Kongress in Basel.

Der Kongress, den Sie in unserer Stadt abzuhalten beabsichtigen haben, verfolgt den Zweck, zur Erhaltung des Weltfriedens beizutragen. Sie haben sich aus allen Ländern unseres Weltteils zusammengefunden, um angeht das im Osten Europas ausgebrochene mörderische Krieges den einmütigen Willen der Arbeiterschaft kundzutun, daß der Kampf eingestellt und jedenfalls auf die Länder beschränkt werden soll, die darin begriffen sind. Unermeßliches Unheil zu verhüten, die Nationen vor gewaltigen Opfern zu bewahren, die ein Krieg ihnen auferlegen würde, ist Ihr hohes Ziel. Sie wollen durch Ihre Kundgebung die Gewissen schärfen, damit nicht Machtgier und Leidenschaft die Schicksale ganzer Völker zu bestimmen vermögen. Die Behörden der Stadt, die Sie zu dieser Tagung erwählt haben, wünschen von Herzen, daß Sie Ihr Ziel erreichen und erbieten Ihnen dazu ihren herzlichsten Gruß!

Der Präsident: Dr. Blocher.

Der Sekretär: Dr. Imhoff.

(Stürmische Beifallskundgebungen folgen der Verlesung.)

Die Lüge.

(3. Fortsetzung.)

„Da liegt das Pfarrhaus und dort links im dritten Hause deine Wohnung. So, da wären wir, bitte, tritt ein in unser Heiligtum. Wir gehen gleich hinauf in mein Zimmer, dort habe ich dir ein Lager zurecht gemacht. Das heißt, nur für die Nacht“, fügte sie scherzend hinzu, „denn vorläufig brauchen wir dich noch.“

„Sei herzlich willkommen in unserem Hause. Den Gefallen wirst du uns schon tun und die erste Nacht bei uns zubringen. Ruhe dich ordentlich aus und morgen wollen wir in aller Gemütsruhe das Weitere besorgen.“ Bei diesen Worten hatte Marie die Türe geöffnet und lud Helene mit einer Handbewegung zum Eintreten ein. „Mache dir es hier ein wenig so bequem, wie möglich, ich will unterdeß etwas Hausfrau spielen. Fritz hat ein Begräbnis, wenn er zurückgekommen ist, wollen wir Kaffee trinken. Du wirst hungrig sein.“ Damit ging sie hinunter.

Helene sah sich im Zimmer um. Es war einfach, aber schön gehalten. Der Frühlingssonnenschein floß durch die geöffneten Fenster. An die Wand reichten die Reste einer vor dem Pfarrhause stehenden Linde, die kürzlich ihren grünen Schmuck angelegt hatte. Auf dem Gipfel trug sie einen Stacheln, auf dem Meißler Starmas seine Liebeslieder erklingen ließ. Alles atmete hier Ruhe und Frieden. Hier würde sie sich wohlfühlen, denn sie war zu guten Menschen gekommen. Hier würde sie genesen von dem schweren Schicksalschlage. Zwar wurden ihr die Augen feucht bei diesen Gedanken, aber nein, sie hatte genug geweint, sie mußte nun lernen, vorwärts zu sehen. Nur keine Schwäche merken lassen!

Sie wusch sich die Spuren der Tränen vom Gesicht und war eben im Begriff, ihr reiches dunkles Haar zu ordnen, als Marie wieder eintrat und sie in lud, hinunter in das Wohnzimmer zu kommen. „Mein Bruder ist angekommen, er kann die Zeit nicht erwarten, bis er den lieben Gast begrüßen kann. Gehen wir.“

Beim Eintreten der Damen in das Wohnzimmer erhob sich Fritz und kam Helene entgegen, um sie zu begrüßen. Beide hatten sich seit zehn Jahren nicht gesehen und auf Fritz, der es eigentlich, wenn er es sah und Marie auch nicht eingesehen wollte, lieber gesehen hätte, wenn Helene nicht gekommen wäre, machte sie einen angenehmen Eindruck. Dieses Weib erschien ihm gleich im ersten Augenblick des Wiedersehens liebenswert. Ihr reizendes Gesicht, dem der Schmerz einen hoheitsvollen Zug eingeprägt hatte und die hohe ebennmäßige Gestalt, ihr ganzes Wesen hatte es ihm so angetan, daß er ihr im Geiste alles abbat, was er ihr in Gedanken unredliches zugefügt hatte.

„Ich heiße Sie herzlich willkommen, Fräulein Friedburg“, sprach er mit seiner weichen, angenehmen klingenden Stimme. „Sagen Sie mir, wie es Ihnen geht, meine Schwester und

ich, Ihnen immer zur Seite stehen, wenn Sie unseren Rat bedürfen und daß wir beide miteinander wetteifern werden, in dem Bestreben, in Ihnen das Gefühl des Fremdseins nicht aufkommen zu lassen.“

„Ich danke Ihnen, Herr Braun, ich kann es Ihnen aufrichtig sagen, daß ich es nur Ihnen und Ihrer Schwester, meiner lieben Marie, verdanke, wenn ich mich bald wieder glücklich fühlen werde“, entgegnete Helene, angenehm über Fritz enttäuscht, den sie sah, sie wußte nicht wie, aber jedenfalls ganz anders vorgestellt hatte.

„Ach so, bald hätte ich vergessen, dir zu sagen, daß uns Richard besuchen will, Marie, ich habe auf dem Friedhofe mit ihm gesprochen. Er hat heute frei.“

„Das ist hübsch von ihm“, erwiderte Marie. „Du mußt nämlich wissen, Helene, daß Richard, von dem mein Bruder sprach, mein Bräutigam ist.“

„Et, jetzt doch die kleine An, davon hast du mir noch nichts gesagt, da gratuliere ich noch nachträglich zur Verlobung“, entgegnete Helene.

Es klopfte an die Türe. „Das ist Richard. Herein.“ Die Türe wurde geöffnet und herein trat Onkel Theodor Krämer.

„Na, höre mal Fritz, das ist eine schöne Geschichte“, pläzte er los. „Ach entschuldigen Sie, meine Damen“, unterbrach er sich, als er Helene erblickte, „mein Name ist Krämer.“

„Fräulein, mein Frau Helene Friedburg“, stellte Marie Helene dem Onkel vor. So schwer hatte sie sich das Lügen nicht vorgestellt. Bald hätte sie das Wort Frau nicht herausgebracht. Ein rascher Blick auf Helene belehrte sie, daß es dieser ebenso gehen würde.

Fritz, der die Verlegenheit der Dame merkte, wollte diese ins Gespräch ziehen, als sich die Türe öffnete und Richard eintrat.

„Wünsche den Herrschaften guten Tag. Gestatten Sie mir, mich Ihnen vorzustellen, Frau Friedburg“, wandte er sich zu Helene, ihr die Hand reichend. „Ich kenne Sie zwar nicht persönlich, aber Marie hat Sie mir schon so genau beschrieben, daß ich mir Sie gar nicht anders vorstellen kann, als Sie sind. Mein Name ist Rotlauf.“

„Mein Bräutigam“, ergänzte Marie. „Aber nun bitte ich die Herrschaften, sich zu setzen, ich werde gleich Kaffee bringen.“

„Heute hast du dich wenigstens um drei Stufen höher in der Achtung bei den Bewohnern unseres Nestchens gesetzt, Fritz! Wo man geht und steht, rehet man von dem Begräbnis und alles ist deines Lobes voll“, begann Richard die Unterhaltung.

„So geben Sie ihm auch Recht, Herr Rotlauf? Ich will zwar Fritz keinen Wurm machen, aber ich fürchte, die Geschichte wird für ihn noch unangenehme Folgen nach sich ziehen“, warf Onkel Krämer ein.

„It es gestattet, zu fragen, wovon die Herren reden?“ fragte Marie, die mit der Kaffeekanne eingetreten war, neugierig, indem sie Kaffee in die Tassen goß.

„Gegen die Bestimmungen der Landeskirche hat er verstoßen, der Frau Goldmann hat er ein Begräbnis verschafft, als ob sie keine Selbstmörderin wäre“, berichtete sie der Onkel sichtlich ärgerlich.

„Ach, daran hatte ich gar nicht gedacht, sonst würde ich Fritz auch geraten haben, es zu tun. Es freut mich, daß er selber daran gedacht hat, ich fange jetzt an, in meinem Bruder auch den Pastor zu lieben“, antwortete Marie, froh, dem Onkel einen kleinen Hieb versetzen zu können.

„Bravo, Marie“, fiel Richard ein. „Ganz meine Ansicht. Fort in die Kumpfkammer mit all den altmodischen Anschauungen.“

„Ich habe drei Tage und Nächte mit mir gekämpft, ehe ich mich zu diesem Schritte entschließen konnte“, sagte Fritz ruhig, indem er seine leere Tasse zurückschob und seinem Etui eine Zigarre entnahm, um sie anzuzünden. „Schon morgen werde ich wahrscheinlich von meinem nächsten Vorgesetzten eine, na, ich will einmal sagen, Belehrung erhalten.“

„Na“, warf Marie ein.

„Dabei wird es nicht bleiben, von weiter oben wird in den nächsten Tagen ein Schreiben eingehen, welches ungefähr daselbe besagt. Das soll mich jedoch nicht aus der Ruhe bringen, aber ich fürchte, daß dieser Seitenprung nicht der letzte sein wird und daß ich mich infolgedessen früher, oder später nach einer anderen Beschäftigung umsehen muß. Das alles habe ich mir vor Augen geführt und weiß ganz genau, daß ich bei der nächsten Gelegenheit wieder ebenso handeln werde, ich bin bereit, alle Folgen zu tragen.“

„Nimm es mir nicht übel, Fritz, aber bei dir kann es hier nicht mehr ganz richtig sein“, pläzte der Onkel, puterrot im Gesicht, heraus, indem er mit dem Finger an die Stirne tippte, „anstatt die Dummheit, die du gemacht hast, einzusehen, erklärst du fröhlich und frei, daß du ihr bald eine zweite folgen lassen willst. Die schöne Stelle, um die dich hunderte deiner Kollegen beneiden, willst du schwimmen lassen, einer Schulle wegen, da hört doch alles auf.“

„Das ist es auch nicht allein“, fuhr er fort, „schon seit längerer Zeit gefallen mir deine Predigten auch nicht. Damit blamiert du auch mich. Ich sehe schon im Geiste die höhnischen Gesichter meiner Kollegen, wenn sie mir den neuesten Streich meines Günstlings, wie sie dich, mir gegenüber, trösten nennen, vorhalten.“

„Dann wirst du natürlich so gut sein und deinen Kollegen auseinanderzusetzen, daß ich richtig gehandelt habe und nicht anders konnte“, entgegnete Fritz ruhig.

Wie von einer Wiper geblissen, fuhr der Onkel in die Höhe. „So, auch noch verhöhnen willst du mich! Dann allerdings habe ich hier nichts mehr zu suchen.“ Mit diesen Worten nahm er Hut und Stock und verließ, ohne Abschied zu nehmen, das Zimmer.

„Unheil, du bist im Zuge, nimm welchen Weg du willst!“ deklamierte ihm Marie mit komischem Pathos nach.

(Schluß folgt.)

Ansele: Im Namen des Internationalen Sozialistischen Bureaus danken wir zuerst für die Begrüßung der Regierung des Kantons Basel-Stadt und für die stolze und mutige Adresse. (Beifall.) Mein zweites Wort gilt den Baseler und Schweizer Genossen, die uns so herzlich empfangen und den Kongress in so kurzer Zeit so ausgezeichnet organisiert haben. Ich darf aber schon die Internationale selbst beglückwünschen, daß sie diesen wichtigen Kongress, dessen Zusammenkunft allein schon einen so hervorragenden Erfolg bedeutet, so rasch und einig zustande gebracht hat. Der 17. und 24. November werden ruhmreiche Tage in der Geschichte der Internationale sein. Unser Kongress dient dem Zweck einer Einheit der Taktik für den Kampf gegen den Krieg und damit einem wichtigen Stück unseres Befreiungswerkes. Kann auch die Taktik in den einzelnen Ländern noch nicht reiflich einheitlich sein, so empfinden wir doch alle das Bedürfnis nach einer Einheit der Gesinnung und der Gedanken, um von dieser Etappe aus weiter zu schreiten zur Einheit der Kampfmittel und um dem gemeinen Kapitalismus das gemeine Proletariat entgegenzustellen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben sich überfüllt und die ganze Welt überrollt. Bei dem Proletariat darf und wird es nicht mehr vorkommen, daß es von den Ereignissen überrollt wird. Wir müssen uns bereit machen zur Defensive gegen die Angriffe der kapitalistischen Gewalthaber und zur Offensive für die Überwindung des Klassenkampfes. (Sturm. Beif.) Das Proletariat, das von heute an von allen denkenden Menschen als der Held des Weltfriedens anerkannt werden muß, fordert den Frieden auf dem Balkan, die republikanische Autonomie der Balkanvölker und die Beilegung der Bündnisse und diplomatischen Abmachungen, die nur den Reim zu neuen Kriegen in sich tragen. (Erneuter Beifall.) Österreich-Ungarn soll die Balkanvölker nicht um die Früchte ihrer Siege zu bringen versuchen und, wenn Rußland eingreift, wird das russische Proletariat selbst sich auflehnen und das Proletariat der ganzen Welt wird begeistert und bewundernd hinter ihm stehen. (Stürmischer Beifall.) Für Frankreich und Deutschland hat die Stunde der Verständigung geschlagen. Es darf zwischen Deutschland und Frankreich keinen Krieg mehr geben. (Allgemeine jubelnde Zustimmung.) Der Mittel zur friedlichen Verständigung sind so viele, daß der Weg zu ihnen nicht verfehlt werden kann. Großbritannien und Deutschland sollen rufen, aber nicht im Weltkampf der Kriegsschiffe für einen Krieg, der einen Kampf bis zum Weißbrot werden müßte, sondern sie sollen rufen zur Überwindung des Elends und der Unterdrückung. Sie sollen sich zusammensuchen nicht in dem Punkte, einander zu schädigen, sondern in der Hebung und Beglückung ihrer Völker. (Sturm. Beifall.) Die Internationale ist stark genug dazu, in diesem Ton des Befehls zu den Machthabern zu sprechen und nötigenfalls ihren Worten die Tat folgen zu lassen. Krieg dem Kriege, Friede der Welt, hoch die Arbeiter-Internationale! (Sturm. wiederholter Beifall.)

Der internationale Sekretär Sypmans gibt dem Kongress Kenntnis von den eingegangenen Telegrammen. Die französischen Genossen, die in einem längeren Schreiben an das Internationale Sozialistische Bureau ihr Verlangen auf dem Kongress erklärt und entschuldigt haben, haben auch ein Telegramm mit folgendem Wortlaut geschickt:

„In dem Augenblick, in dem unsere Parteimitglieder auf den Schlachtfeldern des Balkans ihr Blut vergießen und Tausende von Menschenleben hingeopfert werden, begrüßt die Sozialdemokratische Partei Serbiens den Internationalen Sozialistischen Kongress und wünscht den andern Ländern, daß sie vor ähnlichen Gräueln bewahrt bleiben mögen, wie wir sie jetzt auf der Balkanhalbinsel durchmachen müssen, und daß der Weltfriede die Grundlage der Weltrevolution werden möge.“

Ein ähnliches Telegramm ist von den Genossen aus Saloniki eingetroffen. Die amerikanischen Sozialdemokraten entschuldigen ihr Fernbleiben mit der Unmöglichkeit, zur rechten Zeit einzutreffen. Vonderfelde hat dem Internationalen Sozialistischen Bureau sein lebhaftes Bedauern darüber ausgedrückt, daß ihm sein Gesundheitszustand die Teilnahme am Kongress unmöglich macht. Das Bureau hat ihm telegraphisch die besten Wünsche für baldige Genesung ausgesprochen. Aus zahlreichen Städten Deutschlands und anderer Länder sind Begrüßungstelegramme eingegangen.

Ordnungsgemäß angemeldet sind bisher 461 Delegierte, davon aus Deutschland 75, aus Österreich 60, aus Belgien 22, aus Böhmen 25, Zentralafrika 45, Separatisten, aus Finnland 2, aus Frankreich 120, aus Holland 9, aus Ungarn 18, aus Luxemburg 3, aus Norwegen 3, aus Polen 3, Pratten, zusammen 20, aus Portugal 2, aus Rumänien 2, aus der Schweiz 34, Serbo-Kroaten 2, aus Schweden 8. Italien, Rußland und Dänemark haben ihre Karten noch nicht endgültig entnommen. Mit ihren Delegierten wird die Zahl der Kongreßteilnehmer auf über 500 steigen.

Das Internationale Sozialistische Bureau schlägt vor, zum Präsidenten des Kongresses den Genossen Hermann Greulich zu wählen. (Sturm. Beifall.) Zu Vizepräsidenten werden vorgeschlagen Baillanti-Latour, Perrenier, Österreich, Haase, Deutschland und Saksajoff-Bulgarien, als Huldbildung für den tapferen Widerstand der Genossen der Balkanländer gegen den Krieg. Der Kongress nimmt diesen Vorschlag an.

Nächste Kongreßsitzung Montag vormittag 10 Uhr. Schluß nach 12 Uhr.

Das Massenmeeting.

Der Sonntag nachmittag war für das Massenmeeting bestimmt, das seinen Höhepunkt in der Versammlung im Baseler Münster finden sollte. Der Zug nahm gegen 2 Uhr Aufstellung auf dem Kaiserhof und in den benachbarten Straßen und zog von dort quer durch die Stadt. Das Bild des Zuges war selbst jetzt, wo man in Deutschland an öffentliche Umzüge schon mehr gewöhnt ist, als früher, für Deutsche in Folge der Jahreszeit und der Freiheit durchaus überraschend. Dem Zuge voran führten die Arbeitertrabfahrer von Basel und Umgebung. Ihnen folgte die Jugendabteilung des Arbeiterbundes, eine große Zahl von Frauen und Mädchen, zum Teil noch in sehr jugendlichem Alter, die in ihrer Mitte einen prächtig gekleideten Friedenswagen führten. Auf ihren Fahnen standen Aufschriften wie: „Wir wollen junge Krieger sein im Heere der Arbeit“ oder „Eine Träne zu trauern ist charakteristischer, als Ströme Blutes zu vergießen“. Auf die Jugendabteilung folgten dann hinter einer Militärkapelle die ausländischen Delegierten, in ihrer ersten Reihe Kanak und Jauer. Die Nationen gingen getrennt und langsam ihre Parteileiter. Die Österreichier das Lied der Arbeit, die Ungarn die rote Fahne, die Franzosen die Internationale usw.

Nach 3 Uhr erreichte der Zug die alte Münsterkirche, vor der bereits zu dieser Stunde die Glocken läuteten. Der Kirchenhof war für den Regierungsrat, den Kirchenrat und die Synode von Basel reserviert. Das eine Eingangsportal war für die Presse, das andere für die ausländischen Delegierten bestimmt, während die beiden Seitenportale der Kirche und die Balkone von einer ungeheuren Menschenmenge gefüllt waren. Nach einem Orgelspiel begrüßte der Baseler Regierungsratspräsident

Stöcker das Wort zu folgender Ansprache: Das Organisationskomitee des Internationalen Sozialistischen Kongresses hat mit dem ehrenvollen Auftrag erfüllt, Sie in diesem

Namen auf das herzlichste zu begrüßen. Ich begrüße vor allem unsere auswärtigen Gäste, die Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus, die offiziellen Abgeordneten der einzelnen Landesparteien, die ausgezeichneten Männer, die sich für unsere heutige Rundgebung als Redner zur Verfügung gestellt haben und die vielen Parteigenossen, die ohne offiziellen Auftrag hergeköhrt sind, die Tausende von nah und fern, die sich mit uns hier versammelt haben, um gegen den Krieg zu protestieren. Die sozialdemokratische Partei von Basel betrachtet es als eine große Ehre, daß das Internationale Sozialistische Bureau in dieser schweren Schicksalsstunde gerade uns den Auftrag gegeben hat, den Internationalen Sozialistischen Kongress zu arrangieren. Wir sind stolz auf die Ehre, die uns, unserer Stadt und unserer Partei damit wiederfahren ist. Wir haben uns zugleich, nicht ohne Sorge, gefragt, ob wir bei der knappen Zeit der großen Aufgaben gewachsen sein würden. Da wurde uns eine große Sorge durch das Entgegenkommen der kirchlichen Behörden abgenommen, denen wir auch an dieser Stelle geziemend Dank abzahlen wollen, daß sie uns für die heutige Rundgebung den schönsten und würdevollsten Raum zur Verfügung gestellt haben, den unsere Stadt überhaupt zu verzeihen hat. Wir erblicken in diesem Entgegenkommen ein Zeichen der Sympathie für die große und heilige Sache, der unser Kongress gilt, und wir freuen uns, daß auch an anderer Stelle Männer den Idealen dienen, die wir zum Siege führen wollen. Die Aufgabe der heutigen Versammlung liegt darin, den Verhandlungen des Kongresses den nötigen Hintergrund zu geben. Sie soll der Welt zeigen, daß in diesem Kongress sich nicht nur einige hundert Männer aus etwa 20 Ländern und Völkern zusammensuchen, um gegen die Kriegsgewalt zu protestieren, sondern daß hinter ihnen Hunderttausende und Millionen stehen. Hätten Sie den Internationalen Kongress und die heutige Demonstration nicht nach Basel, sondern nach irgend einer Stadt Deutschlands oder Frankreichs, Österreichs oder Italiens gelegt, so hätte sie dasselbe Schauspiel geboten, das Schauspiel einer Arbeiterklasse, die den Krieg aus innerer Überzeugung verabscheut und von ihren Vertrauensmännern erwartet, daß sie mit der gesammelten Macht der europäischen Arbeiterklasse sich jenen Mächten gegenüberstellen, die versuchen, in privater Macht einen europäischen Krieg zu entfesseln. Die Sache des Weltfriedens ist nicht Sache einer Partei, sondern Sache des ganzen Volkes. Aber in dieser Welt der harten Tatsachen kann der Weltfriede nur gesichert werden, wenn hinter ihm eine stark organisierte, zielbewusste, zum Handeln entschlossene und zähe Macht steht und diese Macht kann niemand anders sein, als die sozialistische Arbeiterklasse. Sie allein ist frei von jenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen, die zur Zuspaltung der schauvinistischen Leidenschaften geführt haben. Sie allein hat den Vorzug, daß ihre wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen und zugleich ihre Ideale in keinem Widerspruch mit einander stehen, sondern daß sie sogar gezwungen ist, ihre Ideale zu verwirklichen, wenn sie nicht zugrunde gehen will. Wenn wir aber den Krieg verabscheuen, so fürchten wir ihn nicht. Wenn es eine Macht gibt, die vom Weltkrieg nichts zu befürchten, aber viel zu hoffen hat, dann ist es die Arbeiterklasse. Ein europäischer Krieg würde mit Wahrscheinlichkeit die gewaltigen Erschütterungen auslösen, die den Zusammenbruch des Wirtschaftssystems beschleunigen müßten, unter dem die Arbeiterklasse leidet. Wir wollen aber nicht den Weg dieser Grauel, den Weg des Entsetzens gehen. Wir wissen, daß die Kräfte, die im Wirtschaftsleben treibend tätig sind, auch ohne die Katastrophe eines europäischen Krieges zu unserem Siege führen müßten. Diejenigen aber, die seit Wochen privat mit der Gefahr eines Weltkrieges gespielt haben, werden auf sich die Wahrheit des Wortes erleben: die Weltgeschichte ist das Weltgericht! (Sturm. Beifall.) Ich erkläre hiermit die heutige Versammlung für eröffnet und erteile dem Genossen Haase das Wort.

Haase (Deutschland): Unter Glockengeläute und Orgelklang hat die internationale Sozialdemokratie, die Verkörperung der Friedensidee hier ihren Einzug gehalten. Revolutionäre Gedanken und Gefühle trägt sie dabei im Kopf und im Herzen. Aber sie plant nicht eine Revolution der Zerstörung, sondern ihre Ideen stehen im Dienste der Freiheit und der Völkerverständigung. Das Bild, das der Balkan uns gegenwärtig bietet, der wilde Aufstand wahnwitzigen Wahnsinns dringt zu uns herüber. Erbarmungslos bräutet der Kriegsturm über den Balkan hin. Man achtet nicht mehr auf die Zahl der Toten, immer nur weiter vorwärts ist die Lösung. Unzählige Verwundete und niemand da, der sie pflegt. Über den Leichen liegen die Verwundeten, wieder bedeckt von Leichen, niemand hört ihr Stöhnen, sie verhungern und verbluten an ihren Wunden. Die Dörfer, die friedlichen Wohnstätten, sind voll Grauen und Entsetzen und ein Bild des tiefsten Jammers bietet der mazedonische Bauer, der mit Weib und Kind, frierend und hungernd, nach Konstantinopel zieht. Wenn endlich der Friede geschlossen sein wird, wie lange wird es dann dauern, bis die Massennot, der Hunger, die Verzweiflung und das Elend, die sich dann erst über das Land ergießen werden, ein wenig gemildert sind? Das Land ist ja bereits entvölkert, das Wirtschaftsleben für lange vernichtet, schwarze Ruinen stehen anstelle der Wohnhäuser und man die Kanonen verrostet haben, der ist in Gefahr, dem diabolischen Bürger, der Pest, zum Opfer zu fallen. Die apostrophischen Reiter, Krieg, Brand, Hunger, Not und Pestilenz traben über den Balkan hin. Alle Kultur, alles Glück der Völker zertreten sie unter den Hufen ihrer Rösse. Die Sozialdemokraten der Balkanstaaten haben gegen die Entfesselung der Kriegsjurie mannhafte Proteste erhoben. Sie fordern die friedliche Vereinigung der Balkanstaaten in einer Föderativrepublik unter Einfluß der Türkei. Noch waren unsere Genossen auf dem Balkan zu schwach, um diesen Plan durchzusetzen, noch ist die Zeit nicht gekommen, in der wir unsere Ideale zur Tat erheben können, aber es ist für uns ein tröstlicher und erhebender Gedanke, daß überall die Arbeiterklasse an Geschlossenheit, Einsicht, Energie, Kraft und Macht wächst und daß die Sozialdemokratie infolge ist, einen großen Teil von dem aufzubauen, was gegen ihren Willen vernichtet worden ist. Unser Streben geht dahin, daß dem mazedonischen Bürger baldmöglichst Einhalt geschieht soll. Vor allem gilt es, die Gefahr zu beseitigen, die über ganz Europa schwebt, die Gefahr einer entsetzlichen Ausdehnung des Krieges. Nach ist die Gefahr nicht überwunden, denn noch sind die Fragen nicht gelöst, was aus Konstantinopel, Saloniki, den kleinasiatischen Provinzen, Albanien und aus den Ansprüchen Rumäniens werden soll. Wissen wir doch, daß die imperialistische Rente ihre Fingerringe auch über den Rest des türkischen Reiches ausstreckt und wenn es nicht dem Proletariat gelingt, diesen Angriff auf Kultur und Zivilisation zurückzuweisen, dann ein Weltkrieg in die Nähe rücken. Noch steht betrachten unsere Diplomaten und Machthaber die Völker als Figuren, die man wahllos auf dem Schachbrett hin und her schieben darf. Aber die Proletariat hat selbständig geworden und werden ihren Willen zur Geltung bringen. Wir wollen uns nicht überhöhen, wir erkennen die Grenzen unserer Macht an, aber wir wissen auch, daß man uns heute nicht mehr mit einer Handbewegung beiseite schieben kann. Die großen Demonstrationen des Proletariats der ganzen Welt müssen doch Einbruch auf die Schatzkammer machen und ihnen als Metertel in Flammen zerfließen lassen, daß die Proletariat jedenfalls niemals mit Begeisterung in einen Krieg ziehen werden, den die herrschenden Klassen in ihrem Profitinteresse angezettelt haben.

Gerade der Balkankrieg hat gelehrt, daß nur Truppen, die voller Begeisterung und Hingebung für eine große Sache in die Schlacht gehen, instand sind, Siege zu erringen. Das internationale Proletariat verabscheut den Krieg aus tiefster Seele und keine Gewalt der Erde wird es dahin bringen, daß es mit Begeisterung auf die Schlacht, die es liebt als seine proletarischen Brüder. (Sturm. langanhaltender Beifall.) Dunkles Gewölle steht am politischen Himmel, aber wir lassen die Hoffnung nicht sinken, daß im letzten Augenblick doch noch die Herrschenden vor den Konsequenzen zurückweichen werden und daß es uns gelingen wird, durch die einige, zusammengeschlossene Aktion des Proletariats die Kriegsgewalt zu bannen und unseren Kampf gegen ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung bis zur Vernichtung aller Klassenherrschaft siegreich fortzuführen. So wollen wir auch auf diesem Kongress in einiger Geschlossenheit für unsere Ideale des ewigen Friedens, der Völkerverständigung und der Völkerfreiheit kämpfen. (Sturm. langanhaltender Beifall.)

Reit Hardie (England): Die Arbeiterklasse der Welt hat die Pflicht, einem großen Verbrechen an der Menschheit, das begangen werden soll, vorzubeugen. Die Demokratie steht in einem unvereinbaren Widerspruch nicht nur mit dem Krieg, sondern mit dem Militarismus in jeder Form. Die Demokratie bedeutet die vollkommene Versöhnung aller Völker und aller Klassen, darum empfinden auch die deutschen und englischen Arbeiter keine Spur von Feindschaft gegeneinander. (Sturm. Beifall.) Und wenn es zwischen den beiden Ländern trotzdem Differenzen gibt, so beweist das nur, daß die Regierungen lediglich die Interessen der herrschenden Klassen und nicht die des Volkes vertreten. (Erneute Zustimmung.) So weit unser Einfluß reicht, werden wir die Regierung daran verhindern, sich irgendwie in die Balkanangelegenheiten einzumischen. Dieses Fernhalten von jeder Einmischung soll aber nicht bedeuten, daß der Türkei übermäßig harte Bedingungen auferlegt werden. Wir wünschen freies Spiel und freie Entwicklungsmöglichkeit für alle verschiedenen Rassen auf dem Balkan. Sollten aber die herrschenden Klassen versuchen, einen Krieg anzuzetteln, so haben wir die heilige Pflicht, alle, unbedingt alle Mittel zu versuchen, die uns zur Abwehr zur Verfügung stehen. Nicht die politische Aktion dazu nicht aus, so hoffen wir, daß sich die Arbeiterklasse sich nicht scheuen wird, zum internationalen, allgemeinen, revolutionären Generalstreik zu greifen. (Stürmischer Beifall.) Unsere heutige Demonstration hat uns von der Kaserne, den Tempel des Molochs, hierher in die Kirche, den Tempel der Menschlichkeit geführt, in der wir die Hoffnung und den Glauben an eine große, friedliche Entwicklung der Menschheit verkörpert sehen. Wir werden alle unsere Kräfte daran setzen, die Mächte der Unterdrückung und Finsternis noch bei Lebzeiten dieser Generation hinweg zu jagen und die Menschlichkeit zum höchsten Herrn der Erde zu machen. (Sturm. Beifall.)

Greulich (Schweiz): Im Auftrage der schweizerischen Parteileitung habe ich zu erklären, daß wir uns von ganzem Herzen dem Protest gegen den Krieg anschließen. Kriege entstehen heute nur durch kapitalistische Bereicherungsinteressen und durch die Lügen der kriegsbegehrigen Presse, die stets behauptet, das Volk in den Zustand nationalen Taumels zu versetzen. Wir Sozialdemokraten haben demgegenüber die Aufgabe, die doppelte nationale Lüge zu zerstören, die jedem Volke einreden will, es sei das auserwählte Volk und alle anderen Völker seien seine Feinde. Wir sagen im Gegenteil, daß jedes Volk von jedem anderen lernen kann und lernen soll und erblicken unsere geschäftliche Aufgabe darin, diesen Gedanken in die Herzen aller Völker und aller Menschen hineinzutragen. Das Bürgertum hat leider die Friedensgedanken seiner großen Vorläufer aufgegeben: Was Kant, Herder und Goethe über den ewigen Frieden gesagt haben, ist für die bürgerliche Welt verloren gegangen. Aber das Proletariat hat die Erbschaft angetreten mit 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen im Zentralstaat des europäischen Militarismus; das ist die herrlichste Garantie für den Weltfrieden. Die Schweiz kann keinen Eroberungskrieg führen. Unser Bundesrat hat kein Recht, einen Krieg zu erklären, sondern nur die Pflicht, wo immer ein Krieg ausbricht, die Neutralität der Schweiz zu proklamieren. Wenn deshalb einmal unser Heer an die Grenze rücken sollte, so würde es nicht geschehen, um einen Krieg zu führen, sondern als Protest gegen den Krieg und die Eroberungsabsichten feindlicher Mächte. Wie Marx den Franzosen nach dem 4. September gesagt hat, daß sie zunächst ihre Pflichten als Bürger zu erfüllen hätten, so hoffe ich, daß die Internationale auch uns Schweizern gestatten wird, in erster Linie unsere Republik und unsere Freiheit zu verteidigen, bis einst auch unser kleines Land in die Vereinigten Staaten von Europa aufgeht und alle Schwerter umgewandelt werden in Werkzeuge des Friedens und der Kultur. (Stürmischer Beifall.)

Der nächste Redner ist Saksajoff-Sofia. Er wird von dem Vorsitzenden Regierungspräsident Blocher mit dem Hinweis darauf eingeführt, daß er das einzige Mitglied der bulgarischen Sobranje sei, das gegen den Krieg protestiert habe, und jetzt zu uns komme, um uns darüber zu informieren, was er auf den mazedonischen Schlachtfeldern gesehen.

Saksajoff, der mit stürmischem Beifall begrüßt wird, gibt in gebrochenem Deutsch eine Schilderung der Kriegsgreuel. Der Balkankrieg sei der beste Beweis für die Richtigkeit der sozialistischen Politik, denn nur, wenn die herrschenden Schichten die Politik eingeschlagen hätten, die die Sozialisten ihnen anempfahlen, eine Politik der Ehrlichkeit, der Menschlichkeit und der Reformen, hätte sich die Menschheitslästerei vermeiden lassen. Was jetzt auf dem Balkan an Graueln und an furchtbaren Verwüstungen begangen würde, spottet jeder Beschreibung. Das Wort „Sanitätsdienst“ sei eigentlich nur eine Ironie, weil die meisten Verwundeten viel zu spät aufgefunden würden, und weil die Zahl derer, denen geholfen werden müsse, viel größer sei, als von den Ärzten und Krankenpflegern wirklich behandelt werden könne. Es sei strengste Zensur geübt worden, selbst innerhalb der Familie konnte von einem unbeaufsichtigten Verfehr nicht die Rede sein. Die Truppen lagen hungernd, dürstend und frierend in Schmutz und Regen, bis die feindlichen Kugeln sie reihenweise niederstreckten. Die Stärke einer sozialistischen Aktion muß darin liegen, den furchtbaren Schrecken eines solchen Krieges entgegenzuwirken. Sehen Sie nach Bulgarien, welches Elend dort über das Volk hereingebrochen ist. Wir hoffen auf Euch, westeuropäische Sozialisten, die Ihr uns den Sozialismus gelehrt habt, daß Ihr uns auch den Frieden bringen werdet. Wir warten auf Euer Vorbild, die Menschheit zu befreien von dem mörderischen Kapitalismus! Hoch die internationale Aktion! (Sturm. Beifall.)

Wittor Adler (Österreich): Es ist ein seltsames Gefühl, in dem ich hier das Wort ergreife. Wir gelten überall als die Feinde der Kirche und heute öffnen sich uns die Kirchen Tore durch den Willen von Männern, denen das Wort Christentum noch „Friede auf Erden“ bedeutet. Heute kommen die ersten Christen und die ersten Sozialdemokraten in gemeinsamer Nächstenliebe zusammen, um gegen eine furchtbare und unerhörte Menschheitslästerei zu protestieren. Von dieser Stelle aus flagen wir diejenigen, die bei jeder Prozession dem Kreuze am nächsten stehen, an, daß sie Menschenfeinde sind, daß sie einen unerhörten Mordplan hegen, wie er mit gleicher Tenelei noch nie ausgenommen worden ist. Wir gelten als Feinde der Familie und untergraben angeblich

alle Heiligtümer der Menschheit. Heute stehen wir für unsere Kinder, die man morden will, heute stehen wir für den Fortbestand von Hunderttausenden von Familien in Europa. Wir gelten als Feinde des Eigentums, d. h. des Privateigentums, das nur Raub ist. Heute aber verteidigen wir das Eigentum der ganzen Menschheit, den Kulturschatz, den Jahrhunderte in unermüdlicher Arbeit aufgehäuft haben. Und das ist es für uns im gegenwärtigen Augenblick ein fürchterlicher Gedanke, daß nicht nur bei uns in Wien, sondern heute wohl auch in Petersburg und Berlin beraten wird, ob man nicht schon marschieren soll. Vielleicht schwankt im gegenwärtigen Augenblick die Waage der Entscheidung in den Händen der Mächtigen. Darum wollen wir erklären, daß alle Völker Österreichs ohne Ausnahme im Kriege nichts gewinnen können. Sie brauchen Kultur, Spitäler, Bildung, Schulen, alles, was sie bisher nur kümmerlich hatten. Sie brauchen ein wenig Bildung, ein wenig Freiheit und ein ganz klein wenig Bestand auch bei den Herrschenden bei uns. (Heiterkeit.) Aber selbst ein siegreicher Krieg kann für Österreich nur den Anfang vom Ende bedeuten, kann Österreich auseinanderprengen, eine Gefahr, die ihm ohnedies nicht allzu fern liegt. Wir werden den Krieg, wenn er morgen ausbricht, vielleicht nicht verhindern können. Aber wir werden den Herrschenden die volle Verantwortung für alle seine Folgen aufbürden. Automatisch wirkt auf das Verbrechen der Kriegsentfesselung die Strafe des Untergangs für die Verbrecher, die Strafe des Untergangs für diejenigen, die die scheußliche Untat begehen konnten, eine Kriegserklärung zu unterzeichnen. (Langanhaltender Beifall.) Wir wissen nicht, wie das Proletariat beim Kriegeausbruch sprechen wird, ob es sich wirklich stumm wie die Schafe zur Schlachtkampfführung läßt. Aber das wissen wir bestimmt, daß die Stunde kommen wird, wo das Proletariat seine Sprache benutzen wird, anzuklagen und wo es auch die Schwerter haben wird, seinen Richterpruch zu vollziehen. (Erneuter stürm. Beifall.)

Jaurès (Frankreich): Wir sind in einer Zeit versammelt, die voll von Sorgen und Verantwortung ist. Zuerst hat auf den Schultern der Balkanvölker die Last der Verantwortung am schwersten geruht. Jetzt drückt sie mehr und mehr unsere österreichischen Freunde. Aber es ist die ganze Internationale, die diese gefährliche Last zu tragen hat, einmal wegen unserer hohen Solidarität und dann, weil wir verhindern müssen, daß der Konflikt größer wird und alle Arbeiter Europas in den Strudel hineinreißt. Neulich spottete die bürgerliche Presse über den Kongreß, als einer sozialistischen Parade. Die Sozialisten wußten selber, daß der Friede gar nicht in Gefahr sei. Am nächsten Tage aber mußten dieselben Zeitungen ernste Nachrichten veröffentlichen. Die Wahrheit ist, daß alles voll Unsicherheit und voll Verwirrung ist. Wahrheit ist, daß die Kapitalistenklasse selbst geteilt und gespalten ist, daß sie nicht weiß, ob sie nicht mehr zu verlieren als zu gewinnen hat. Wahrheit ist, daß alle Regierungen vor den unübersehbaren Konsequenzen eines Krieges zögern und daß in jedem Lande widerstrebende Strömungen da sind. Aber plötzlich könnte ein Schwindel die Zögernden ergreifen und darum müssen wir die überlegte und einmütige Aktion des Proletariats beschleunigen und verstärken. O, ich hoffe, daß wir in diesem Kampfe nicht allein stehen werden. Wie uns die Ueberlassung des Münsters zeigt, haben wir Christen aus unserer Seite. In gleicher Weise empfinden Millionen von Christen, die noch ernsthaft auf die Gebote hören, die ihr Meister sie gelehrt hat. Sie werden sich mit uns widersetzen, daß die Völker in die Klauen des Kriegsdämons geraten. (Stürm. Beifall.)

Freudige Hoffnung sprach aus der Begrüßung, mit der die Regierung von Basel die Internationale empfangen hat. Sie zeigt, daß da, wo der Geist der Demokratie in die Tiefen dringen konnte, wo er durch ein mächtiges Proletariat geschützt wird, er erhabene Gedanken vertreten muß. (Stürm. Beifall.) Wie ein Aufruf zur allgemeinen Versöhnung erschien mir vorhin der Gesang der Gloden, der uns empfing, und erinnerte mich an Schillers herrliches „Lied von der Glode“ und sein Motto: *Vivos voco, mortuos plango, fulgura prango!* *Vivos voco*, ich rufe die Lebendigen zur Verteidigung des von Mord bedrohten Lebens, *mortuos plango*, ich beweine die ungesägten Toten, die auf den Schlachtfeldern am anderen Ende Europas liegen und deren Verwesungsgeruch zu uns dringt wie die Reue über die Untat (Bewegung), *fulgura prango*, ich zerschmettere die kriegerischen Mächte, die in den Wolken leuchten und Gefahren künden. (Stürmischer Beifall.) Es genügt aber nicht, das hier und da zögernd und unsicher der Wille zum Kampf gegen den Krieg da ist. Wir brauchen die Einheit des Willens und der Aktion des kämpfenden und organisierten Proletariats. (Langanhaltender Beifall.) Die Stunde, in der wir leben, ist ernst und tragisch. Je mehr die Gefahr sich verdeutlicht, je näher die Drohungen heranrücken, desto dringender wird die Frage, die das Proletariat an uns, nein an sich selbst stellt, ob das Angeheuer wirklich da ist, ob es tatsächlich aufgefordert werden muß, zum Brudermord zu schreiten. Was werden wir tun, um diesen Fragen zu begegnen? Wir können auf die Fragen entsetzter Tausende eine Antwort für jeden Augenblick und für die Bewegung jedes Landes nicht geben. Wenn der Nebel auf dem Meere liegt, wenn die Wogen aufgeweicht werden, kann der Seemann auch nicht für jede Minute die bestimmte Maßnahme vorhersehen. Aber die Internationale muß wachen, daß sie überallhin ihre Worte des Friedens bringen läßt, daß sie überall ihre geistliche und revolutionäre Aktion entfaltet, die den Krieg beseitigen wird, oder aber die Verbrecher, die ihn erzeugt haben. (Langanhaltender Beifall.) Die Regierungen müssen verstehen, worin die wahre Bedeutung dieses Kongresses liegt. Er betont, verwirklicht und verstärkt unsere Einheit. Wir tauschen Versprechungen, Entschlüsse und Hoffnungen aus und es darf nicht sein, daß am Tage nach dem Kongresse diese Aktion sich auflöst. (Beifall.) Überall müssen wir hingehen, um das Bewußtsein unserer Aktion in die Massen zu tragen. In den Parlamenten müssen wir überall unsern festen Willen verkünden. (Lebh. Beifall.) Alle Köpfe müssen erfüllt werden von dem Friedensgedanken der Internationale. Während die Regierungen wanken und zögern, müssen wir vor ihnen die proletarische Aktion erheben lassen. (Stürm. Beifall.) Das ist die Aufgabe dieses Kongresses. Eine größere ist nicht denkbar. Unter diesen Wogen sind vielleicht schon viele Gedanken und Hoffnungen emporgefliegen. So hoch aber der Flug dieser Träume gewesen sein mag, nichts Erhebeneres kann es geben, als den Willen zur Gerechtigkeit und zum Frieden. (Lebhafter Beifall.) In diesen Räumen hat einmal eine Versammlung von Bischöfen getagt und sich die Köpfe zerbrochen über Schisma und Zerlegung. Wir sind hier nicht in einem Zustand der Aufspaltung, sondern in der Einheit der Seele, des Denkens, des Handelns und des Willens, und wir werden diesen Raum verlassen mit dem Schwur, daß wir Frieden und Kultur retten werden. (Lebh. Beifall.) Wir werden an das Wort denken, das neulich ein Deutscher gesprochen hat: die Regierungen sollten daran denken, wenn sie die Kriegsgefahr heraufbeschwören, wie leicht die Völker die einfache Rechnung aufstellen könnten, daß ihre eigene Revolution sie weniger Opfer kosten würde, als der Krieg der anderen. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Die künftigen Diplomaten und Militärs, deren sämtliche Bestimmungen durch den Balkankrieg über den Haufen geworfen sind, das Ansehen von der Gold-Pajamas und der übrigen Drillpajamas habe einen fürchterlichen Stoß erlitten. Wie auf den Krieg von 1870 die Kommune und auf den russisch-japanischen Krieg die russische Revolution gefolgt ist, so würde auf einen europäischen Krieg eine umso viel größere

und fürchterlichere Revolution folgen. Die Parole der Sozialdemokratie lautet: „Gegen die Feinde der Menschheit, gegen den Mörder Kapitalismus, für die Befreiung des Menschengeschlechts!“ (Großer Beifall.)

Mit dem Vortrag des Vizedes: „Die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschenherz“ erreichte die Verlammlung im Münster, an deren Anfang die Orgel die C-moll-Fuge von Bach gespielt hatte, ihr Ende.

Das Meeting im Freien.

Die 10—11 000 Menschen, die im Münster selber nicht Platz gefunden hatten, füllten den weiten Plan vor, neben und hinter dem Münster aus und scharten sich um vier Tribünen, von denen die Vertreter aller Nationen sprachen. Auf der ersten Tribüne eröffnete die Reihe der Redner Dr. Stüder-Winterthur. Er hieß die Anwesenden im Namen der internationalen Sozialdemokratie willkommen. Hier erhebt eine Großmacht ihre Stimme für Kultur, für Menschlichkeit. Wir bezeugen heute laut, daß wir nicht gesonnen sind, Gut und Blut zu opfern für kapitalistische herrschaftliche Interessen. Möge der heutige Tag gegenüber der Diplomatie die Geschlossenheit des Proletariats zeigen, damit diese lernt, die Geschlossenheit der internationalen Arbeiterkraft nicht zu unterschätzen. Nachdem Baillant-Paris unter wiederholtem stürmischen Beifall die Völkerverbrüderung des Proletariats gefeiert und die Kriegslust der herrschenden Klassen scharf gegeißelt hatte, sprach Dr. Ellenbogen-Wien: Bis hierher war die Weltpolitik von der Weisheit der Diplomatie beherrscht, aber die europäische Diplomatie hat bankrott gemacht und sich bis auf die Knochen blamiert. Die Diplomatie ist heute die lächerlichste Figur in Europa geworden, sie ist nicht imstande gewesen, den kleinen Völkern zu imponieren. Der Krieg ist losgebrochen, obwohl sie Geschlossenheit hatte, er dürfe nicht ausbrechen. Der Weltfrieden ist heute nur in dem einen Wort zusammenzufassen: Die Internationale Sozialdemokratie! Dank der Kraft ihres Willens wird sie für die Aufrechterhaltung des Friedens sorgen. Wir wollen keinen Krieg; wir warnen Euch, Ihr Herrschenden, wo immer Ihr auch sein mögt! — Es folgte dann eine Ansprache von Della Seta-Rom. Der nächste Redner war Robert Schmidt-Berlin: Diese würdige Demonstration hat gezeigt, daß wir einig sind in der Auffassung der politischen Lage und daß wir in Übereinstimmung arbeiten und unermüdlich tätig sind für den internationalen Frieden. Ihr mögt Euch auf Bajonette stützen und auf Kanonen berufen, Ihr denkt aber nicht, daß auch die Stimme der Völker ins Gewicht fällt. Je mehr der Sozialismus wächst und Anhänger findet, umso mehr wird auch sein Streben an Bedeutung gewinnen! — **Antonow-Russland** bringt Grüße aus dem Lande des blutdürstigen Zarismus. — **Troelstra-Amsterdam:** Es hat eine Zeit gegeben, wo Kriege als Naturereignisse betrachtet wurden. Jetzt hat sich das internationale Proletariat auch von diesem Wahn frei gemacht und erkannt, daß uns die Kriege aufgedrängt werden von dem herrschenden kapitalistischen System. Das Proletariat weiß heute, daß die Kriege, die im Auftrag des Kapitalismus geführt werden, mit dem Blut der Proletarier bezahlt werden. Das Proletariat ballt die Faust gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus und die Borgeisse bis zum Tod. Wir sind ein Volk, ein Herz, wir sind das Heer des Klassenkampfes. Durch den Klassenkampf wollen wir zum Völkerrfrieden kommen.

Auf der zweiten Tribüne begrüßte Pfleger-Zürich die Anwesenden, die aus den umliegenden Ländern herbeigeeilt sind. Wenn auch die Redner in verschiedenen Sprachen sprechen, so besetzt doch alle der eine Wille zum Frieden. **Tring-London** überbringt die Grüße der englischen Arbeiterklasse und schildert die Greuel des Krieges. Als Arbeiter empfand er es als eine Schande, daß noch im zwanzigsten Jahrhundert Völker im Kriege gegen einander gehetzt werden können. — **De Pressense-Paris** zeigt den Verarmten, wie die europäische Diplomatie in den Tagen vor dem ungeliebten Krieg versagt hat und betont die eine Geschlossenheit der Proletarier aller Länder. — **Janowski und Rubanowitsch-Russland** führen aus, daß einzig die Furcht vor der Revolution den Zarismus noch zurückhalte. — Für die Dänen spricht Borbjerg, für Griechen unter stürmischen Beifall Njemeß, für Ungarn Buchinger, für Spanien Corrales, für die Polen Karski, der es als unfassbar bezeichnet, daß Polen in russischer Uniform, auch Polen in preussischer und österreichischer Uniform schlügen sollen. Die Genossin **Montefiore** protestiert namens Englands und seiner Kolonien gegen den Imperialismus und Witki schildert die grausamen Verfolgungen der Ruthenen in der Ukraine durch den Zarismus. Endlich sprechen von der vierten Tribüne Angt-Basel, Grigorowicz-Osterreich für die Rumänen, Bukleg-Agram über das kroatische Schandregime, Burian für die zentralasiatischen Gecken, Branting namens der Schweden und Alexander Kollontaj nochmals gegen den Zarismus.

Erst im finsternen Abend fand die gewaltige Demonstration der Völkerverbrüderung ihr Ende.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 25. November.

Der Wortführer Dr. Görg eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten.

Der Senat ist dem abgeänderten Bürgerschaftsbeschlusse über den Bauplan eines Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule von Hrl. Freie beigetreten. Er wird demnächst der Bürgerschaft Vorschläge machen.

1. Antrag: Umwandlung zweier Stellen für seminarisch gebildete Lehrkräfte an der Ernestineusule in solche für akademisch gebildete.

Wird ohne Debatte angenommen.

2. Antrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben der Oberschulbehörde im Rechnungsjahre 1911.

Zielel fragt nach den Vorarbeiten für die Hilfslehrer, die sehnlichst die Erledigung ihrer Gehaltsfrage zum 1. Dezember erwarten.

Senator Kulenkamp: Die Arbeiten sind sehr umfangreich. Bis zum gewünschten Tage ist die Erledigung nicht möglich.

Aug. Pape kommt auf den Unfall eines Mädchens auf dem Schulhof zu sprechen. Das Mädchen hatte sich ein Bein gebrochen, die Ober Schulbehörde lehnte jede Entschädigung für Verfürdung usw. ab. Sie sollte eventuell einer Haftpflichtversicherung beitreten, wenn sie die Bezahlung der Kosten schenkt.

Senator Kulenkamp betont, daß weder die Beschaffenheit des Platzes noch ungenügende Aufsicht der Ober Schulbehörde zum Vorwurf gemacht werden könne. Das Mädchen sei loszulegen umgetauft.

Aug. Pape glaubt, die Schulbehörde sei nicht richtig unterrichtet worden.

Der Antrag wird angenommen.

3. Antrag: Herstellung einer Unterführung unter der Katharinenstraße für die Viehtrift.

4. Antrag: Gewährung einer Pension an den verwaltenden Oberarzt des Allgemeinen Krankenhauses Dr. Postarter.

Beide Anträge werden angenommen.

5. Antrag: Erhöhung des Kostgeldtarifs des Allgemeinen Krankenhauses und Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Oberärzte.

Klein gibt in der Allgemeinberatung zu, daß die Einnahmen für das Krankenhaus erhöht werden müssen. Nicht nur die allgemeine Erhöhung der Lebensmittelpreise usw. bedinge die Steigerung, sondern die bauliche Erweiterung erheische auch eine Personalvermehrung, die Mehrkosten verursache. Nicht einverstanden könne er sich damit erklären, daß der Oberarzt neben seiner ärztlichen Tätigkeit auch noch mit Verwaltungsarbeiten belastet werden soll. Dazu müsse ein selbständiger Beamter angestellt werden, der auch etwas zu sagen habe. Der Oberarzt dürfe sich nicht mit dieser Sorge abquälen. Bisher mußten für 14 Tage 28 Mark vorausbezahlt werden, in Zukunft betrage diese Vorauszahlung 38,50 Mk. Das sei für die minderbemittelte Klasse zu viel. Er werde deshalb beantragen, diesen Satz für die dritte Klasse auf eine Woche zu ermäßigen.

In der Spezialberatung werden eine Reihe Änderungsanträge gestellt, u. a. von Dr. Wenda, der die Festanstellung des chirurgischen Oberarztes bis zum 31. Dezember 1917 hinausgeschoben wissen will. Bis dahin soll die Anstellung auf gegenseitiger Kündigung beruhen, das Gehalt 6000 Mk. betragen und nicht pensionsfähig sein. Schneider wünscht die Neuordnung der Verwaltung und eine dahingehende Vorlage des Senats bis längstens 1. Januar 1915.

Bruno ist überzeugt, daß eine Erhöhung des Kostgeldpreises eintreten müsse, bezweifelte jedoch eine so weitgehende, wie sie die Vorlage enthält. Er ist allerdings nicht der Ansicht, die Erhöhung der zweiten Klasse gefährde den Mittelstand, denn wer eine Extramurik haben wolle, der soll eben bezahlen oder mit der dritten Klasse vorlieb nehmen. Statt der 2,75 Mk. sollte man 2,50 festsetzen. Die Ortskrankenkasse werde eine Mehrbelastung von 17 000 Mk. haben. Auch die kleinen Arbeitgeber, die vielleicht nur einen Gefelken beschäftigten, mühten unter der übermäßigen Erhöhung leiden. Redner bittet, den Antrag abzulehnen.

Senator Straß bittet, den Satz bestehen zu lassen; die Ortskrankenkasse habe in den letzten 6 Jahren ihr Kapital um jährlich 70 000 Mk. erhöht, sie sei also wohl in der Lage, die Mehrkosten zu tragen.

Dr. J. Meyer findet die Erhöhung berechtigt. Die Leistungen des Krankenhauses kämen gerade der dritten Klasse zugute, die modernsten Hilfsmittel seien auch für diese angeschafft. Von der linken Seite des Hauses hätte er Dank erwartet statt der Kritik.

Hoff erwidert Senator Straß, daß die Ortskrankenkasse allerdings Rücklagen haben machen können, doch seien diese nicht in dem Maße erfolgt, wie sie gesetzlich gemacht werden mühten. Beträge der Reservefonds nicht die vorgeschriebene gesetzliche Höhe, so mühten 10 Proz. des durchschnittlichen Jahresbeitrages zurückgelegt werden. Unser Reservefonds mühte 683 000 Mk. betragen, während in Wirklichkeit nur 574 000 Mk. zurückgelegt seien. Wie im vorigen Jahre zurückgelegten 76 000 Mk. machten keine 10 Proz. aus, und bei den vermehrten Ausgaben würde auch dieser Betrag noch um 17 500 Mk. vermindert, das ergebe denn nur etwas über 6 Proz. Dann komme die Aufsichtsbehörde wieder und verlange verminderte Leistungen oder erhöhte Beiträge. Nach Einführung der Reichsversicherungsordnung wachse die Zahl der weniger gut bezahlten Mitglieder, also solcher, deren Beitrag gering, die aber verhältnismäßig mehr Aufwendungen beanspruchten. Gemäß sei eine Kostgelderhöhung gerechtfertigt, doch wäre der Satz von 2,50 Mk. für Lübeck ausreichend. Bei 2,75 Mk. täglich betrage die Steigerung 37½ Proz., bei 2,50 Mk. 25 Proz. Wenn gesagt werde, die Verpflegung im Krankenhaus koste uns mehr, so müsse dem doch gegenübergehalten werden, daß der Staat ein Interesse daran habe, eine möglichst gesunde Bevölkerung zu hegen. Das werde aber nicht erreicht, wenn der Staat dazu beitrage, die Löhne noch mehr herabzudrücken. Diese Löhne würden heute zu 4 Proz. herangezogen, einem Satz, dem keine andere Stadt gleichkomme. Der Vorstand der Ortskrankenkasse besaße sich seit Jahren damit, endlich mal für die Mitglieder etwas herauszubolen. Wenn sich die Finanzen bessern, kommen Ärzte, Zahnärzte oder Apotheken mit Forderungen, sodas für die Mitglieder nichts übrig bleibt. Wenn Sie das richtig überlegen, können Sie nicht umhin, unsern Anträge zuzustimmen. Die Allgemeinheit hat auch den Nutzen und kann die Mehrkosten viel leichter tragen wie Arbeiter und Arbeitgeber allein.

Dr. v. Brocken: Wenn man dem Vorschlag von Herrn Bruno folgt, würden 6000 Mark mehr dem Staate aufgeschafft. Das darf man nicht tun. Die Vorlage bietet die geringsten Sätze. Hohe Kosten entstehen dem Staat nur durch die dritte Klasse, die erste und zweite bringt doch noch etwas ein.

Senator Straß führt die Zuschüsse des Staates an. Nach dem Kostgeldtarif von 1911 betrugen diese 25,4 Proz., dann 37 Proz., 1912 40,8 Proz. und 1913 nach dem alten Tarif 42,9 Proz. Wenn neuen Tarif muß der Staat immer noch 31,1 Proz. tragen.

Peinsohn findet es ganz gerecht, wenn auch mal der Arbeitgeber einen Vorteil habe.

Dr. J. Meyer glaubt, daß die Krankenkasse auch nach dem erhöhten Zuschuß noch weitliche Überschüsse erzielen werde. Die Kasse leiste auch ganz Außerordentliches.

Aug. Pape tritt für den Satz von 2,50 Mark ein. Es mühten aber auch Vorkehrungen getroffen werden, daß möglichst billig eingekauft werde. Eventuell auf dem Submissionswege. Vielleicht könne auch bei den Ärzten etwas gepart werden, die Zahl der prozentual größer als in anderen Städten. Auch den Simulanten sollte man mehr auf die Finger sehen, dann blieben mehr dem Krankenhaus fern. Er habe in einer Ortsklassenversammlung gehört, die Arbeitnehmer konsultierten hauptsächlich solche Ärzte, die leicht krank schreiben. Wenn derartigen Simulanten Arbeit verschrieben würde statt Faulenzerei, wäre die Kasse besser dran.

Senator Straß erwidert Aug. Pape, die Schweizer könne die Einkäufe nicht befragen wie sie wolle, das sei ein Irrtum des Vorredners. Die Krankenhausärzte hätten bis jetzt alles Interesse gehabt, die Kranken so bald als möglich wieder loszuwerden. Nur weil die Ortskrankenkasse ein neues Verwaltungsgebäude bauen wolle, könne der Preis nicht ermäßigt werden.

Dr. Ziehl findet Hoff's Vorschlag unangebracht. Aug. Pape gegenüber erklärt Redner, daß die Ärzte doch keine Polizeibütel seien. Auch eine Subvention der Krankenkassen auf Kosten der Steuerzahler gehe nicht an. Diese seien nur bei Erhebung der Höchstbeiträge zu Höchstleistungen verpflichtet.

Hoff: Die Steigerung ist trotz der angeführten Zuschüsse nicht begründet. Vielleicht ist auch etwas daran, daß die Wirtschaft nicht ganz rentabel betrieben wird. Es bezieht keine Vorschrift, daß die Kranken dem Krankenhaus zugeführt werden müssen; die Kassen können die Krankenhausbehandlung gewähren, gesetzlich verpflichtet dazu sind sie nicht. Erwacht ihnen auf Grund der erheblichen Kostgelderhöhung eine bedeutende Mehrbelastung, kann es dazu kommen, daß die Frage entsteht, ob es weiterhin notwendig ist, die Kranken dem Krankenhaus zuzuführen. Es liegt im Interesse aller Kranken, möglichst schnell wieder gesund zu

werden. Die Beiträge sind ziemlich hoch, sollen sie noch weiter erhöht werden, wird auch von Unternehmern nicht erfreulich empfunden.

Aug. Wape schreibt dem Rhizinussal wunderbare Wirkungen zu. Einem jungen „Verrückten“ habe dies Mittel gut geholfen. Im übrigen tritt Redner für den praktischen Einkauf wiederholt ein und führt auch weitere Eriparsismöglichkeiten an, die den herabgesetzten Preis von 2,50 Mk. pro Tag ermöglichen.

Jwan Meyer macht auf wohlhabende Rassenmitglieder aufmerksam, denen auf Kosten der Steuerzahler eine Erleichterung geboten würde. Die Krankengeldversicherung mache nur 1/2 Pfg. für beide Teile zusammen pro Woche aus.

Bruns macht darauf aufmerksam, daß durch seinen Antrag nur die Last der Krankenkasse um 6000 Mk. ermäßigt werden solle. Von einer ganzen Abschiebung sei keine Rede.

Heise möchte statt eines eventuell zurückvergütenden Rabatts die Ermäßigung im Tarif haben.

Ziele tritt für den Antrag Bruns ein.

Senator Straß: Die vorgesehenen besonderen Ermäßigungen sind sorgfältig geprüft worden und notwendig.

Lippert glaubt, diese Rabattbestimmung enthalte manche Schönheitsfehler und sei auch unklar, ja sogar Ungerechtigkeiten könne man herauslesen. Der Steuerzettel könne hierbei nicht maßgebend sein.

Aug. Wape: Richtiger wäre, wenn es klar ausgedrückt würde, daß man 25 Proz. Rabatt unter gewissen Bedingungen verlangen kann. Eine andere Entscheidungsinstanz müsse ebenfalls geschaffen werden.

Senator Straß: Die Vorsteherchaft kann bei der Entscheidung nicht ausbleiben. Sie wird stets gerecht urteilen.

Vabendererde kann der Erhöhung für die dritte Klasse keinen Geschmack abgewinnen, weil sie beide, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, belaste. Er bedauert bei den schweren Zeiten die erneute Belastung.

Dr. Ziehl vermisst die Senatsantwort auf Lipperts Anfrage.

Senator Straß: Es handelt sich um die Familiemitglieder der Krankenkassen die nicht erwerbstätig sind.

Dr. J. Meyer: Man sollte es bei den Vorschlägen in der Vorlage belassen. Außer Lübeck bietet nur noch Köln diese Vergünstigung.

Kilian Ehlers bringt folgenden Antrag ein:

Familienglieder von Krankenkassenmitgliedern, soweit nicht Krankenkassen für sie zahlen, ferner auch hiesige, nicht versicherungspflichtige Einwohner bis zu einem Einkommen von 2500 Mk. und deren nicht erwerbstätige Hausstandsangehörige genießen auf die Verpflegungssätze der dritten Klasse 25 Proz. Ermäßigung.

Der ursprüngliche Antrag gibt ihnen nur das Recht, einen Nachlag zu verlangen.

Aug. Wape verlangt kommissarische Prüfung. Es seien zu viele Unklarheiten aufgetaucht.

Senator Straß glaubt von einer solchen keine wesentlichen Erfolge erwarten zu können. Es sei alles sorgfältig geprüft und man hoffe durch die Steuereinführung den Staatszuschuß um 60—70 000 Mk. herabzubringen. Im vorigen Jahre habe der Staat 146 000 Mk. für das Krankenhaus aufgebracht.

Senator Dr. Fehling bittet, von einer Kommissionsberatung abzusehen. So große Unklarheiten seien nicht aufgetaucht, daß eine solche gerechtfertigt sei.

Köster nimmt für Kommissionsberatung. Die wirtschaftliche Seite unseres Krankenhauses sei einzig dastehend.

Senator Straß hält eine Beiprächung der wirtschaftlichen Seite für durchaus wünschenswert, im gegenwärtigen Stadium der Verhandlung aber für unangebracht. Gätte man die Frage speziell aufgeführt, wäre die ganze Vorlage noch weiter hinausgeschoben worden. Wir befinden uns durch den Neubau in einer Umwälzung, die sich wohl theoretisch besprechen, aber nicht so leicht praktisch regeln lasse. Es sei schon schwer, kaufmännische und technische Fragen gleichmäßig zusammen zu regeln, die Krankenhausfrage sei noch schwieriger. Zudem sei doch eine allgemeine Vereinfachung des Verwaltungsapparats im Gange.

Albers möchte im Interesse der Geschäftsleute wissen, wie es mit den Kolonialwaren ujm. Lieferung an das Krankenhaus stehe.

Senator Straß: Eine beschränkte Submission hat bisher stattgefunden.

Ziele: Die Verwaltungssache muß geprüft werden. Wenn heute nicht geschieht, kommen wir nie mehr dazu.

Senator Straß beirret diese Ansicht.

Aug. Wape bezeichnet die Art des Einkaufs für grundverkehrt; er führt einen wesentlichen Fall an, von dem Senator Straß nichts weiß.

Schneider: Ich habe doch ein Gesuch an den Senat gestellt, nach dem die Verwaltungsfrage später die Bürgerkassat beizufügen soll. Damit sollte man es bewenden lassen.

Vabendererde wünscht die Verwaltungsfrage einer Kommission überwiegen.

Senator Straß rät davon ab. Um freie Hand zu haben, hätte die Kommission diese Frage frei gelassen.

Soie pflichtet Aug. Wape bei, da eine zweite Lesung doch fehle.

Meunier behauptet, es sei unmöglich für die Lieferanten, an das Krankenhaus heranzukommen. Bei Lieferung von technischen Waren komme jetzt nur eine Gunst in Frage.

Senator Straß: Wenn Sie noch etwas Interesse für den Staatsfiskal haben, müssen Sie der Vorlage zustimmen. Die Verzögerung kostet jeden Tag 300 Mk.

Aug. Wape wendet sich gegen die ungünstig gelegene Zeit für Kommissionsberatungen. Sie liege so ungünstig, daß er nicht kommen könne. In der Verwaltungsangelegenheit seien Sachen, die unbedingt geprüft werden müßten, um herauszufinden, ob nicht die Kosten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber herabgesetzt werden könnten.

Vabendererde wünscht die Verwaltung in die Hände eines Verwaltungsausschusses gelegt, der verantwortlich ist und große Nachbesserungen hintanhält.

Dr. A. Broden: Stets folgen die Ausgaben und vermehren sich die Einnahmen, wozu soll ein solcher Weg führen? Abschließen Sie unter allen Umständen die Vorlage.

Dr. J. Meyer wendet sich gegen Wapes Äußerungen. Die wichtigste Person, der Leiter der inneren Verwaltung, würde bei Annahme der Kommissionsberatung ausgeschlossen.

Heise wünscht Kommissionsberatung, um feststellen zu können, ob der Satz von 250 Mk. den Verhältnissen entspricht. Auch sollten einmal andere Kassen berücksichtigt werden, nicht stets dieselben wie bisher.

Schneider begründet seinen Antrag der Bürgerkassat als längstens 1915 die Verwaltungssache Frage vorzulegen. Abgeschlossen ist es für den inneren Arzt, es auch noch um die wirtschaftliche Frage zu bekommen, bei einem Senatsantrag ist schon vollkommen im Widerspruch.

nehme. Heute dürfe diese Sache nicht mit der Vorlage verquittet werden.

Vabendererde stellt den Antrag, die Frage, ob die Verwaltung dem Arzt oder besonderen Beamten übergeben werden soll, einer Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Köster: Die Verwaltungssache kann von ärztlicher Tätigkeit sehr wohl getrennt werden, in der Hälfte Krankenhäuser ist dies der Fall. Gerade jetzt sind wir da, um zu reformieren.

Aug. Wape: Weil wir die zweiten Lesungen nicht haben, müssen wir Kommissionsberatung beschließen. Der bisherige Leiter, dem die Pension bewilligt wurde, hätte eben so lange bleiben sollen, bis ein neuer angestellt ist.

Senator Straß: Der Herr hat 25 Jahre dem Krankenhaus gedient, er wird auch so lange bleiben, bis sein Nachfolger kommt; für die Anstellung dieses haben wir die Pflicht, sobald als möglich zu sorgen.

In der Abstimmung, ob die ganze Vorlage einer Kommission überwiesen werden soll, stimmt die Mehrheit dagegen. Die Mehrheit stimmt dann dem Senatstrag zu, den Satz für hiesige auf 275 für auswärtige Kranke auf 450 Mk. zu erhöhen.

Die Anträge über den Rabatt, unter denen sich auch der von G. Ehlers befindet, werden zusammengezogen und nach einer Bemerkung von G. Ehlers, daß er mit der Abänderung des Wortes „genießen“ für „haben“ einverstanden sei, angenommen.

v. Schack wünscht, daß für die Klasse 3a mehr Zimmer geschaffen werden.

Dr. J. Meyer teilt die Antwort des Senats auf diese Frage, daß in absehbarer Zeit Platz für diese Klasse geschaffen werden müsse. Eine Vorlage werde zu geeigneter Zeit kommen.

Klein wünscht einen Zusatz, wonach die Bürgerkassat stets auf dem laufenden gehalten wird, welche Aufwendungen das Krankenhaus erheischt.

v. Schack fragt, ob die vorzüglichen Einrichtungen im neuen Krankenhaus, wie Röntgenbestrahlung, Röntgenbeleuchtung ujm. nicht auch andern Kranken nutzbar gemacht werden können, die nicht im Krankenhaus untergebracht sind. Selbstverständlich mit Bezahlung und eventuell 25 Proz. Zuschlag. Man habe seinerzeit davon abgeraten, weil dadurch einem hiesigen Ärzte staatliche Konkurrenz gemacht würde.

Dr. J. Meyer hält dies praktisch für unmöglich. Den Ärzten sei zudem noch eine Steuer aufgezogen, die sie schwer belaste. Einen dahingehenden Antrag v. Schacks bitte er abzulehnen.

Aug. Wape pflichtet v. Schack bei. Das allgemeine Krankenhaus müsse der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden.

Senator Straß: Es wird nicht möglich sein, alle Einrichtungen des Krankenhauses der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Ausnahmen könnten wohl gemacht werden.

Der Antrag von Klein wird angenommen.

Lippert bemängelt den Paragraphen, der bei Streitigkeiten zwischen Ärzten und Patienten den Rechtsweg nach dem Entcheid der Vorsteherchaft ausschließt. Die Anträge sollten ferner den Mitgliedern gedruckt zugehen, um Fehler bei der Abstimmung zu vermeiden.

Meunier wünscht auch das besondere Honorar für operative Eingriffe von Patienten der zweiten Klasse besetztigt.

Senator Straß kann aus finanziellen Bedenken heraus dem Vorschlag nicht zustimmen.

v. Schack: Für unsere Mitbürger bedeutet es eine horrenden Verteuerung, wenn die besondere Vergütung angenommen wird. Ein hiesiger Einwohner müßte bei zwanzig Krankheitsfällen in der zweiten Klasse und der schwersten Operation heute 100 Mark bezahlen, nach dem neuen Tarif 360 Mk., ein Auswärtiger heute 150, nach dem neuen Tarif 675 Mk., das ist doch eine gewaltige Verteuerung. Es könnte auch zu Verteuerungen führen, daß selbst „unblutige“ Operationen honoriert werden müssen. Was Operationen sind, werden die Ärzte schon auseinanderlegen. Ich beantrage deshalb den Satz zu streichen, den der Bürgerkassat hin-einlegt. Er lautet: „solchen gleichzuachtenden chirurgischen Einrichtungen.“ Redner wünscht ferner festgelegt, daß die Höchstsumme der Medizinaltäre nicht überschritten werden darf.

Senator Straß bittet diese Anträge abzulehnen. Der Satz könne den Begriff einer blutigen und unblutigen Operation nicht unterscheiden. Eine Höchstsumme dürfen wir nicht festsetzen.

Dahms macht gleichfalls einige Abänderungsvorschläge.

Senator Straß: Es geht nicht an, daß sich einer in der zweiten Klasse operieren läßt und sich dann nachher in der ersten einige Wochen auskurirt. Diesem wird durch unsere Fassung vorgebeugt.

Dr. Vondra rät davon ab, die Bestimmungen über die Honoraroperationen abzuändern, dadurch würde ein erstklassiger Oberarzt abgehalten, nach Lübeck zu kommen.

Senator Straß: Es gibt kein Krankenhaus, das dem Oberarzt die Tage verbietet. Wir sind die einzigen, die sie auf die Hälfte herabgesetzt haben.

Dr. Eichenburg: Von dem Beschlusse, daß der Arzt von Selbstzahlern bei der Operation eine besondere Vergütung beanspruchen kann, werden wir nicht abkommen. Andere Städte geben dem Arzt das Recht, nicht nur bei Operationen, sondern auch bei sonstigen außerordentlichen Leistungen Honorar zu fordern. In dieser Art bieten wir den zweifelhafte Kranken großes Entgegenkommen. Der Ausbeutung des Arztes durch den Patienten muß auch vorgebeugt werden.

Dr. J. Meyer: Es liegt keine Veranlassung vor, den in Betracht kommenden Privat-Patienten noch eine besondere Vergünstigung zu gewähren. Die ärztliche Lage darf im Krankenhaus nur zur Hälfte herangezogen werden. Operationen, wie sie der Oberarzt vorzunehmen hat, müssen von einem Künstler vorgenommen werden, der sich danach bezahlen läßt. Und eine Autorität wollen wir im Interesse des Krankenhauses haben. Damburg bietet seinen Oberärzten 1400 Mk.; doch darf nicht vergessen werden, daß diesen Ärzten ein weites Arbeitsfeld nebenbei zufällt. Auch hat in den dortigen Krankenhäusern niemand das Recht zu verlangen, vom Oberarzt operiert zu werden.

Lippert bezweifelt das vollkommene Bild der 22 Aufstellungen anderer Krankenhäuser. Zwei seien schon allein unter diesen, die überhaupt keine Sonderbezahlung zuliegen. Redner wünscht ferner, daß die Lage des ärztlichen Berufs von 1905 für immer zur Richtschnur genommen werde.

Böger: Die Extrahonorierung der Patienten zweiter Klasse legt diesen schwere Belastungen auf. Mit Recht hat Herr Lippert die ärztliche Lage für Private angeführt. Unser Krankenhaus ist doch staatlich und die ärztliche Lage kann jederzeit geändert werden. Der ärztliche Beruf steht Minimal- und Maximaltären vor. Unter größeren Operationen versteht man Amputationen von Gliedmaßen und Körperabschnittung. Die jetzige Vorlage ist nichts Bestimmtes. Die Herren dürfen nur die Hälfte der Medizinaltäre von

50 bis 500 Mk. anrechnen. Es hält schwer, ich weiß es aus Erfahrung, den Herren Ärzten beizubringen, was die Leute zu zahlen haben. Maßgebend sollte die Mindesttäre des ärztlichen Berufs für Lübeck und Umgebung sein. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Senator Straß hält einen derartigen Antrag für unannehmbar.

Dr. Eichenburg erklärt die Forderung Bögers für ein Un Ding. Der Arzt werde schon verstehen, seine Kräfte richtig einzuschätzen. Die Annahme der Minimaltäre mache den Ärzten die Vorlage unannehmbar.

Dr. J. Meyer: Nach dem Vorschlage Bögers würde der Chirurg höchstens 30 Mk. für zweiklassige Patienten verlangen können, damit würden wir uns nach außen hin direkt lächerlich machen.

Böger zieht bei der Ausichtslosigkeit der Annahme seines Antrages diesen zurück.

Lippert weist u. a. auf die fühlbare Lücke hin, die bei längere Zeit hier Wohnenden in Erscheinung tritt, die aber noch nicht die Staatsangehörigkeit haben und so der Vergünstigung nicht teilhaftig werden; ebenso handle es sich bei auswärtigen Wohnenden, die die Staatsangehörigkeit besitzen.

Der Senat pflichtet dem teilweise bei.

Es wird beschlossen, auf Antrag Lipperts einzufügen: „Solange sie im Staatsgebiet wohnen.“

Der Antrag Klein: Kranke der ersten und zweiten Klasse sollen zwei Wochen, selbst bezahlende dritte Klasse nur eine Woche das Kostgeld im Krankenhaus vorausbezahlen, wird angenommen.

Gegen den Antrag Köster, die Verwaltung betr. wendet sich Senator Straß. Er bedeute keine Verbesserung und erschwere nur die Zukunft.

Der Antragsteller spricht sich gegen diese Ansicht aus. Ein tüchtiger leitender Arzt habe genug mit den Kranken zu tun, er könne sich um den Wirtschaftsbetrieb nicht kümmern, müsse sich auf andere verlassen, aber die Verantwortung tragen.

Dr. J. Meyer nimmt den Verwalter vom Krankenhaus als tüchtigen Beamten in Schutz, freilich sei eine vollkommene Reorganisation notwendig, wie auf dem gesamten Verwaltungsgebiet. Redner erjucht den Antrag abzulehnen.

Dr. Vondra erjucht den Antragsteller, seinen Antrag zurückzuziehen, weil die Bürgerkassat nicht in der Lage sei, über diese schwierige Frage heute ein Urteil abzugeben.

Dr. Ziehl: Auch bei sämtlichen Lazaretten steht die Leitung unter dem Chefarzt; die Annahme des Antrages könnte später große Neue erzeugen.

Lippert glaubt, die ganze Debatte über diesen Punkt wäre überflüssig gewesen, wenn man die Vorlage nicht halb vorgelegt hätte. Zeit genug sei dazu vorhanden gewesen. Eine Vereinigung der Zeitanstalten unter eine Verwaltung hätte man gleichfalls in Erwägung ziehen können. Wenn aber die Verwaltung so fortschreite, erlebe deren Entstehung keiner mehr.

Senator Straß hätte gern das Rezept zur Ausführung der schönen Vorschläge. Er könne nicht auf alle Einzelheiten in der Öffentlichkeit eingehen.

Vabendererde glaubt, eine ärztliche Autorität hätte mit der Ausübung seines Berufs genug zu tun und könne sich nicht um Verwaltungsfragen kümmern. Er beantrage Kommissionsberatung.

Senator Straß wendet sich scharf gegen den Vorredner, der glaube, das Budget würde anders ausgefallen haben, wenn der wirtschaftliche Leiter hätte mehr selbständig wirtschaften können. Er habe auch ein Urteil über wirtschaftliche Fragen und müsse deshalb diesen Vorwurf zurückweisen.

Dr. J. Meyer weist ferner den Vorwurf Vabendererdes zurück, die Ärzte verfolgten persönliche Interessen.

Die Kommissionsberatung über den Punkt „Verwaltung“ wird gegen die Stimme des Antragstellers Vabendererde abgelehnt, ebenso der Antrag Kösters.

Aug. Wape erjucht bei der Bedeutung der folgenden Paragraphen um Vertagung.

Der Antrag wird angenommen. Die Fortsetzung der Beratung findet am kommenden Montag statt.

Schluß 7 11 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine interessante Zubilligung des § 193 Str.-G.-B. Lezhin wurde gegen den Verantwortlichen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wegen Beleidigung des Statthalters der Reichslande verhandelt. Das alldeutsche Blatt hatte zu geringe Schärfe des Grafen Wedel gegen die antirussischen Esch-Bohringer gerügt. Das Gericht billigte dem Angeklagten in gewissem Sinne den Schutz des § 193 zu. Aus der Urteilsbegründung meldet nun der „Zeitungsverlag“ folgende interessante Einzelheiten: Das Urteil führt in den Gründen aus, daß im allgemeinen der Schutz des § 193 dem Redakteur nur für die Behandlung seiner höchst persönlichen Angelegenheiten zur Seite stehe; aber die „Rhein.-Westf. Ztg.“ sei bekannt dafür, daß sie seit Jahren den reichsständischen Angelegenheiten ein ganz besonderes Augenmerk zuwenden und zwar in dem Sinne, daß sie ein stramm deutsches Reglement, womöglich die Vereinigung der Reichslande mit Preußen fordere. Namentlich sei die Aufhebung der Grafenstaden Affäre und die Entfernung des Direktors Heyler ihre ganz besondere Angelegenheit gewesen und sie befände sich bei ihrer Kritik der reichsständischen Politik und Verwaltung auf ihrem eigenen Gebiet, so daß dem Verantwortlichen der Schutz des § 193 gebühre. — Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Wenn also etwa ein Arbeiterkind in irgend einem Orte Mitlebens, das sich ständig gegen angelegliche Versammlungsverbote und etwaige sonstige Schikanierungen seines Landrates oder Amtsvorstehers zur Wehr setzt, wegen Beleidigung dieser Herren angeklagt würde, müßte ihn nach diesen Ausführungen zweifellos auch der Schutz des § 193 zugebilligt werden!

Der Mord im Kloster Czestochau in Russisch-Polen ist am Montag zur endgültigen Aburteilung gekommen. Wie gemeldet wird, hat das Gericht in Petrikau in der Berufungsinstanz das Urteil gefällt. Der Mönch Macoß, der seinen Vetter in der Klosterzelle mit dem Beil erschlagen hatte, wurde zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, der Angeklagte Starzewski zu acht Jahren Kerker und Helene Krzyzjanowska, die Frau des Ermordeten und die Geliebte des Mönchs, zu sechs Jahren Kerker. Das Urteil wird erst dem Justizministerium und den geistlichen Behörden zur Bestätigung vorgelegt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“